LANGE NACHT DER PARTIZIPATION

21. MÄRZ 2019

DOKUMENTATION

EINE VERANSTALTUNG VON:







University of Stuttgart
Planung und Partizipation
Master of Science

IN KOOPERATION MIT:





IMPRESSUM



HERAUSGEBER:

Initiative Allianz für Beteiligung e.V. Königstraße 10 A, 70173 Stuttgart www.allianz-fuer-beteiligung.de

REDAKTION:

Dr. Miriam Freudenberger Lisa Weis

GESTALTUNG:

Jochen Gabriel I Büro für Gestaltung und Kommunikation www.jgbfg.com GEFÖRFERT:

aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Dokument das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Gruß	worte	3
2.	Einlei	tung: Was ist die Lange Nacht der Partizipation?	7
3.	Kurzb	ericht: Ein Einblick in die Lange Nacht der Partizipation	8
4.	Projektvorstellungen		
	4.1	Nachbarschaftsgespräche Pforzheim	12
	4.2	Wohnheim für Geflüchtete in Grenzach-Wyhlen	13
	4.3	Kinder- und Jugendbeteiligung zum Gelingen bringen	14
	4.4	Regelwerk Bürgerbeteiligung – Gemeinsame Neugestaltung Marktplatz Rheinau	15
	4.5	Mehr (er)leben in Au am Rhein - Angebote für die Generation 65+	16
	4.6	Lebendige Quartiere – Strukturen für Begegnung und Stadtteilentwicklung	17
	4.7	Frühstücksbus Friedrichshafen	19
	4.8	Das Demokratie-Mobil in Baden-Württemberg	20
	4.9	Bürgerdialoge zur Gemeinwohlökonomie	21
	4.10	Bürgerforum zur Altersversorgung der Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg	23
	4.11	Beteiligungsprozess zum Schwimmbad in Metzingen	26
	4.12	The Voice of InFÖ	28
	4.13	Die Erst- und Jungwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019 »Wählen ab 16«: Beteiligung junger Menschen am gesellschaftspolitischen Geschehen	
	4.14	Bürgerprojekt Zukunft Tübingen – neu denken, anders handeln	32
	4.15	Bürgerentscheid Markdorf – Neue Nutzung des Bischofsschlosses	34
	4.16	Future City_Lab Universität Stuttgart: Reallabor für Nachhaltige Mobilitätskultur / Parklets für Stuttgart	36
	4.17	Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (BEKO)	38
	4.18	Demokratie-Frühstück – gelebte Partizipation im Sportverein	40
	4.19	Arbeitskreis soziale Teilhabe Stuttgart (AKST)	42
	4.20	Art of Hosting – Die Kunst, Gastgeber zu sein	43
	4.21	Europadialog des Landes Baden-Württemberg	44
_	5.44**		





Eine Lange Nacht der Partizipation hat in unserem Bestreben nach mehr Beteiligung im Land noch gefehlt. Wir sind dem Masterstudiengang Planung und Partizipation an der Universität Stuttgart für das Engagement zu dieser innovativen Veranstaltung sehr dankbar. Ich habe die Entwicklung des Studiengangs, seit seiner Einrichtung durch Herrn Professor Ortwin Renn, aufmerksam verfolgt. Er bringt für die Verwaltungen im Land und die gewerblichen Anbieter den notwendigen Beteiligungsnachwuchs hervor. Davon profitiert meine Stabsstelle im Staatsministerium schon lange, ganz regelmäßig, als beliebter Praktikumsort. Deshalb freue ich mich, dass mit der Langen Nacht der Partizipation, die ja ihren Ursprung in Österreich hat, gemeinsam mit unserer Allianz für Beteiligung, ein neuartiges Vernetzungsprojekt erarbeitet und realisiert wird. Denn die Sache hat Potential: Junge Studierende erarbeiten sich in einem Seminar, zusammen mit erfahrenen Profis, Inhalte und Methoden für die Beteiligungspraxis und wenden das Ganze auch gleich noch an. So entsteht Selbstwirksamkeit im besten Sinne.

Wenn ich mir die ausgewählten Projekt anschaue, fallen zwei Aspekte auf: Es sind viele neue Projekte dabei, die wir bislang noch nicht auf dem Schirm hatten. Offenbar erschließt die »Lange Nacht« eine neue Szene an Initiativen und Projekten die bislang unterhalb des Beteiligungs-Radars lagen. Das gelingt in erster Linie durch einen konsequenten Peer-to-Peer-Ansatz, der in diesem Format durch die jungen Akteure eingebaut ist. Konkret heißt das, junge Menschen haben junge Ideen und erreichen damit auch neue Akteure. Bei aller Ernsthaftigkeit für das Thema Beteiligung ist offenbar an dem lockeren Satz doch auch etwas Wahres dran: »Partizipation kommt zwar nicht von Party, macht aber trotzdem Spaß.«

In diesem Sinne freue mich, wenn aus der Langen Nacht der Partizipation ein junger, frischer Spirit der Beteiligung durch das Land weht und Selbstwirksamkeit erzeugt.

Gisela Erler,

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung





Eine »Lange Nacht der Partizipation!« Dies verspricht: sich bis in die späteren Abendstunden gemeinsam treffen. Sich kennenlernen, austauschen und Geschichten über Projekte erzählen. Und so das Thema Bürgerbeteiligung ganz in den Mittelpunkt des Abends zu rücken.

Das Format einer »Langen Nacht der Partizipation« stammt aus Vorarlberg in Österreich. Gemeinsam mit der Universität Stuttgart und dem Staatsministerium Baden-Württemberg haben wir die Idee nun nach Baden-Württemberg gebracht. Studierende des Studiengangs Planung und Partizipation haben das Format mit ihren Ideen bereichert. Sie haben die Veranstaltung vorbereitet und Beteiligungsprojekte der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung aus ganz Baden-Württemberg zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Dieser Gedanke, Erfahrungen miteinander zu teilen, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen, passt sehr gut zu unserem Netzwerk der Allianz für Beteiligung. Wir setzen uns im ganzen Land dafür ein, Bürgerbeteiligung voranzubringen. Denn wir glauben, dass die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unseres Landes gut zu lösen sind, wenn viele daran mitarbeiten.

Ich bin sehr beeindruckt davon, was die Studierenden der Universität Stuttgart mit der diesjährigen »Langen Nacht der Partizipation« alles auf die Beine gestellt haben. Schön, dass Sie nun da sind, um die Lange Nacht gemeinsam mit uns zu erleben.

Dr. Miriam Freudenberger

Geschäftsführerin der Allianz für Beteiligung

Miriam Freudenber





Als der Masterstudiengang »Planung und Partizipation« an der Universität Stuttgart im Jahre 2013 ins Leben gerufen wurde, war dies auch Reaktion auf einen immer dringlicher empfundenen Partizipationsbedarf auf Bürgerseite. Gesetzesvorhaben, Infrastrukturprojekte, Gestaltungen des kommunalen Raums, Fragen der nachhaltigen und gerechten Ressourcenverwendung: Die Gegenstände öffentlicher Diskussion sind vielfältig. Das verbreitete Empfinden, dass Zukunftsfragen von den repräsentativen politischen Kräften nicht (mehr) befriedigend beantwortet werden, begründet ein zunehmendes Bedürfnis auf Bürgerseite, Prozesse der Zukunftsplanung auf allen Ebenen – bei den »großen« wie den »kleinen« Fragen – aktiv mitzugestalten.

Die Umsetzung und Durchführung konkreter partizipativer Verfahren kann jedoch ernüchternd wirken, wenn beteiligte Bürger und Verwaltungen mit verschiedensten Herausforderungen rechtlicher oder tatsächlicher Art konfrontiert werden. Dem können Kooperationsprojekte von Wissenschaft und Praxis entgegenwirken, für welche beispielhaft die »Lange Nacht der Partizipation« steht. Der Studiengang »Planung und Partizipation« hat sich der Aufgabe verschrieben, Partizipationsforschung trans- und interdisziplinär zusammenzuführen und seinen Studierenden einen breiten und zugleich vertieften Einblick in die einschlägigen wissenschaftlichen Diskurse zu vermitteln. Die »Lange Nacht der Partizipation« bietet nun den einmaligen Raum, diese Studierenden mit Praxispartnern zusammenzuführen und auf diesem Wege wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis nutzbar zu machen. Hierdurch erfüllt sie auch ein wichtiges Anliegen des Studiengangs.

Auch wenn der Weg von der Theorie in die Praxis manchmal steinig sein mag, so hält er doch vielfältige Erkenntnisse für alle Beteiligten parat. In diesem Sinne freue ich mich auf einen in jeder Hinsicht anregenden Abend!

Prof. Dr. Daniela Winkler

Studiengangsleitung Planung und Partizipation MSc., Universität Stuttgart





Liebe Gäste, liebe Kommiliton/innen, liebe Freund/innen der Partizipation,

wir freuen uns, Sie auf der ersten Langen Nacht der Partizipation in Baden-Württemberg begrüßen zu dürfen.

- Wie geht es der Partizipation in Baden-Württemberg?
- Was heißt eigentlich konkret Partizipation?
- Wovon hängt ihre sinnvolle Umsetzung ab?

Inspiriert durch das Vorarlberger Vorbild wollen wir, Studierende des Masterstudiengangs Planung und Partizipation der Universität Stuttgart in Kooperation mit der Allianz für Beteiligung und dem Staatsministerium Baden-Württemberg einen Raum, einen Abend, eine Lange Nacht für genau diese Fragen schaffen.

Im Verlauf des Semesters sprachen wir zunächst theoretisch über den Partizipationsbegriff und dabei stellten wir fest, dass es sowohl Diskussionen als auch praktische Umsetzung braucht, um den Begriff mit Leben zu füllen. Aber das ist einfacher gesagt als getan. Oftmals gilt es, viele Hürden zu überwinden, sei es in der Vorbereitung oder in der Umsetzung, um sich selbst und/oder anderen Teilhabe zu ermöglichen.

Deswegen laden wir Sie ein, über Ihre Erfahrungen miteinander zu sprechen und durch Austausch, Diskussionen und vielleicht Disputen voneinander zu lernen und die Lange Nacht der Partizipation mitzugestalten.

Die Studierenden des Masterstudiengangs Planung und Partizipation



EINLEITUNG: WAS IST DIE LANGE NACHT DER PARTIZIPATION?

Die Lange Nacht der Partizipation ist ein Format, um den Austausch, das Voneinanderlernen sowie die Vernetzung im Bereich der Bürgerbeteiligung zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu fördern. Bereits mehrfach wurde sie in Vorarlberg in Österreich mit großem Erfolg durchgeführt. In Stuttgart wurde die Veranstaltung von 18 Studierenden des Masterstudiengangs Planung und Partizipation der Universität Stuttgart gemeinsam mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg und der Allianz für Beteiligung 2019 erstmalig organisiert und durchgeführt. Kooperationspartner der Veranstaltung sind die Führungsakademie Baden-Württemberg und der Städtetag Baden-Württemberg.

Eingeleitet durch ein Gespräch zwischen Studierenden und Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, ist die Veranstaltung als Plattform zum Erfahrungsaustausch gedacht. Sie ermöglicht Engagierten in Baden-Württemberg, ihre Projekte im Bereich Bürgerbeteiligung Interessierten vorzustellen und gemeinsam mit ihnen zu diskutieren. Der Fokus der Projekte liegt dabei auf der Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft und den damit verbundenen Herausforderungen, Chancen und Problemen.

Diese Dokumentation gibt Einblicke in den Abend und die Inhalte der Langen Nacht der Partizipation am 21. März 2019 in Stuttgart. Die Protokolle der Projektvorstellungen wurden von den Studenten des Masterstudiengangs Planung und Partizipation der Universität Stuttgart erstellt und spiegeln ausdrücklich deren subjektiven Eindrücke wieder.



KURZBERICHT: EIN EINBLICK IN DIE LANGE NACHT DER PARTIZIPATION

18 Studierende des Masterstudiengangs Planung und Partizipation an der Uni Stuttgart haben im Rahmen eines Seminars im Wintersemester 2018/19 eine lange Nacht der Partizipation geplant und durchgeführt. Sie erbrachten damit den Nachweis dafür, dass Partizipation zwar nicht von Party kommt, aber trotzdem Spaß machen kann. Angeleitet und betreut wurden die Studierenden bei ihrem Projekt von Dr. Miriam Freudenberger von der Allianz für Beteiligung und Hannes Wezel, Referent der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Das Format der »Langen Nacht« ist so einfach wie genial und ein tolles Beispiel, wie lebendig und kreativ Qualifizierung und Fortbildung sein kann: 200 Beteiligungsbegeisterte aus ganz Baden Württemberg waren um 17.30 Uhr im Gebäude K2 der Uni Stuttgart mit ihrem Projekt am Start. Ein Reigen, bei dem sich die ganze Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements zeigte: Vom Bürgerentscheid um das Schloss in Marktdorf über das Bürgerforum zur Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags bis zum Demokratie-Frühstück im Sportverein.

Die Idee der »Langen Nacht« hat es, wenn man so will, aus Vorarlberg über den Bodensee nach Baden-Württemberg geweht. In Bregenz gibt es schon lange ein eigenes Büro für Zukunftsfragen, das direkt beim Landeshauptmann angesiedelt ist. Seit vielen Jahren werden daher ein reger Austausch und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Stabsstelle von Staatsrätin Gisela Erler und dem Büro für Zukunftsfragen gepflegt. Beide Partner haben

das gleiche Anliegen: Es geht ihnen um das gute Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Nur im Zusammenspiel der drei Ebenen kann das volle Potential von Bürgerbeteiligung und damit verbundenen Ideen und Projekten ausgeschöpft werden.

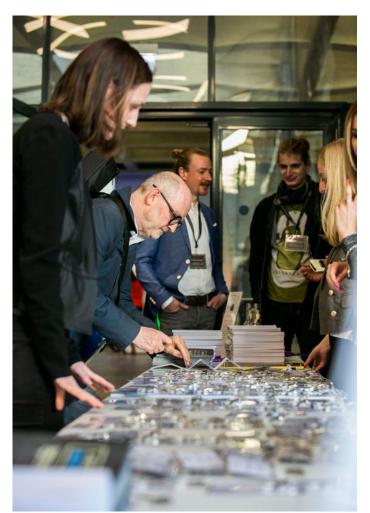
Auf dem Markt der Möglichkeiten konnte man sich zwei Lieblingsprojekte aussuchen und diese dann vertieft in einer einstündigen Vorstellung kennenlernen. Die Geschichten zu den Projekten wurden dabei nicht mit Powerpointfolien erzählt, sondern im kommunikativen Stuhlkreis - selbstverständlich von den Studierenden selber moderiert. Überhaupt die Studierenden. Sie hatten über Monate hinweg die Veranstaltung konzipiert und organisiert, in Arbeitsgruppen das Budget aufgestellt, das Programm geplant, die Öffentlichkeitsarbeit übernommen, den genauen Ablauf und Aufbau entworfen und sämtliche Druckerzeugnisse gestaltet. Natürlich gab es dafür auch einen Leistungsnachweis und obendrauf noch eine Bestätigung mit der Unterschrift von Staatsrätin Gisela Erler.

Entsprechend sah man bei der Langen Nacht auch nur strahlende Gesichter: »Wow, das ist einfach toll, wenn man erlebt, wie sich ein solches Projekt von der Idee bis zur Umsetzung entwickelt. Beteiligung eilt ja der Ruf voraus, dass immer nur die gleichen Leute kommen. Von daher ist es klasse, dass es uns mit der Langen Nacht der Partizipation gelungen ist, dass ein junger, frischer Spirit der Beteiligung durch die Uni weht. « In diesem Fazit waren sich die Studierenden allesamt einig!





























PROJEKT-VORSTELLUNGEN



NACHBARSCHAFTSGESPRÄCHE PFORZHEIM

REFERENTEN:

Susanne Wacker Stadt Pforzheim

PROTOKOLL:

Madlen Wendt

2017 wurden in Pforzheim Nachbarschaftsgespräche als neues Format aufsuchender Bürgerbeteiligung in vier Stadtteilen modellhaft erprobt. Dabei erfolgte eine Zufallsbürgerauswahl. Der Ansatz hat sich bewährt und so wurden 2018 zwei weitere Gespräche durchgeführt und der Pilotansatz für ein landesweites Förderprojekt weiterentwickelt.

Bei dem Projekt »Nachbarschaftsgesprächen« in Pforzheim ging es den Initiatoren Susanne Wacker und Michael Strohmeyer primär darum, die Stimmung der Bürger vor Ort einzufangen. Denn die Pforzheimer schienen unzufrieden, was durch eine hohe AFD Wahlquote zum Ausdruck gebracht wurde. Dies sollte auf einem einfachen Weg und ohne Diskriminierung geändert werden, und der einfachste Weg ist, darüber zu reden, was einen bedrückt.

2017 wurden in Pforzheim dann Maßnahmen der Bürgerbeteiligung ergriffen und mit Zufallsbürgern durchgeführt. Dabei war und ist es auch immer wichtig, dass die Politik mit vertreten ist. So war bei jeder Veranstaltung die Sozialdezernentin anwesend, und selbst der Ministerpräsident war in der ersten Runde als Ansprechpartner eingeladen.

2018 wurden zwei weitere Gesprächsreihen durchgeführt, bei denen immer auch die Bürgermeister mit dabei waren. Dies zeigt den Bürgern, dass sich die Gesprächsinhalte nicht im Sand verlaufen bzw. dass die Politik auch zuhören kann. In jeder Gesprächsrunde waren 10 – 20 Personengruppen, die, wie oben bereits erwähnt, durch Zufallsauswahl in diese Gruppen und auch zu den Gesprächen geladen wurden. Zudem wurden gezielt Vereine mit angeschrieben und eingeladen. Bei den Veranstal-

tungen wurden keine Themen vorgegeben, sodass in den Gruppen alles aufgezählt werden konnte, was die Bürger in ihrer Stadt fehlt oder stört.

In Bezug auf die Frage, ob die Zufallsauswahl sinnvoll für das Ergebnis der Gespräche war, bejahte Frau Wacker grundsätzlich. Aber die Erfahrungen zeigen auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund zusätzlich eine persönliche Ansprache benötigen, da sie bei den bisherigen Gesprächen mit ausschließlicher Zufalls-Einladung vom Oberbürgermeister in geringerer Zahl vertreten waren. Auch die Altersstruktur war eher homogen. Jedoch kamen bei den Gesprächen von 2018 auch zwei Kinder mit, die den Gesprächsthemen frischen Wind verliehen.

Im Ganzen waren die Bürger über das Format positiv überrascht und möchten weiterhin bei der Gestaltung der Stadt mitwirken, so das Fazit.



WOHNHEIM FÜR GEFLÜCHTETE IN GRENZACH-WYHLEN

REFERENTEN:

Dr. Tobias Benz

- Gemeinde Grenzach-Wyhlen

Dr. Gisela Wachinger

- pro re - Partizipation und Mediation

PROTOKOLL:

Annabel Stoffel

Der Bürgerbeteiligungsprozess für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten wurde 2015 gestartet. Ziel war es, die Anwohner des geplanten Wohnheims und alle interessierten Bürger am Planungs- und Bauprozess zu beteiligen. In Workshops wurden die Themen vertieft, die Gründung des Helferkreises ist ein wesentlicher Erfolg des Prozesses. Bürgermeister Dr. Benz stellte zusammen mit Frau Dr. Wachinger, pro re, das Projekt vor.

Dr. Tobias Benz, Bürgermeister der Gemeinde Grenzach-Wyhlen, wirft zu Beginn des Workshops einen Blick zurück ins Jahr 2015: Die Unterbringung von Geflüchteten stellte damals in ganz Deutschland ein zentrales Thema dar. Auch die Gemeinde Grenzach-Wyhlen sollte Möglichkeiten zur Unterbringung bieten. Da in der Gemeinde durch die attraktive Lage an der Schweizer Grenze bereits Wohnungsmangel herrschte, war der Neubau eines Wohnheims die einzige Lösung. Der Gemeinderat entschied sich dafür, eine Gemeinschaftsunterkunft für rund 200 Personen auf einer zentralen Fläche in der Gemeinde zu errichten.

Über den Standort wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats entschieden. Zwar wurden alle Alternativen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen veröffentlicht, der Unmut der Anwohner war jedoch geweckt. Zu diesem Zeitpunkt bat Bürgermeister Benz um die Unterstützung von Dr. Wachinger.

Dr. Wachinger begleitete Informationsveranstaltungen für die Anwohner und die gesamte Bürgerschaft. Dabei wurden Ängste abgefragt und offene Fragen geklärt. Den Anwesenden wurde vermittelt, der Standort des Hauses stehe fest, die Gestaltung liege jedoch in den Händen der Bürgerschaft, sodass es sich in die Nachbarschaft gut einfügt.

In einem ganztägigen Workshop wurden Gestaltungsideen gesammelt. Auf der Grundlage der Ergebnisse aus der Planungswerkstatt fand ein Architekturwettbewerb

statt. In der Jury waren auch zwei Bürger aus der Gemeinde vertreten. Der Siegerentwurf sah dabei auch einen Gemeinschaftsraum in der Unterkunft vor, der dem gesamten Quartier offensteht.

Im Endeffekt sah das Landratsamt Lörrach den Bau der Unterkunft wegen sinkender Zuwanderungszahlen von Menschen mit Fluchthintergrund nicht mehr als nötig an. Damit die rege Beteiligung und das starke Engagement der Bürgerschaft trotzdem gewürdigt wird und das erarbeitete Ergebnis umgesetzt werden kann, sollen die Pläne für die Gemeinschaftsunterkunft in Pläne für den sozialen Wohnungsbau überführt werden. Das Konzept eines offenen Raumes für das Quartier soll dabei erhalten bleiben.

Trotz dessen, dass das Projekt in seiner ursprünglichen Form nicht umgesetzt werden konnte, sehen alle Beteiligten den Mehrwert der Beteiligungsarbeit und werten diese als Erfolg. Es wurde nicht nur Information geschaffen, sondern es konnte durch die Einbeziehung der Bürger und deren Mitwirkung Akzeptanz bei den Projektgegnern geschaffen werden und den Bürgern insgesamt ein gutes Gefühl vermittelt werden. Der Aufwand habe sich definitiv gelohnt, sagt der Bürgermeister, eine weitere Zusammenarbeit im Bereich der Bürgerbeteiligung sei bereits geplant.



KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG ZUM GELINGEN BRINGEN

REFERENTEN

Thorsten Gabor, Johanna Probst

– Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg

PROTOKOLL

Christian Kuhl

Die Abgabe von Entscheidungsmacht ist Voraussetzung für eine echte Beteiligung von jungen Menschen. Die Vielfalt der beteiligten Institutionen mit ihren jeweiligen Aufgaben und Verantwortungsbereichen ist für den Auftrag der Machtabgabe für eine »echte« Kinder- und Jugendbeteiligung eine Herausforderung. Wir wollen darstellen, wie dies gelingen kann, und mit anderen Interessierten dazu neue Ideen entwickeln.

Die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg widmet sich nach eigener Aussage sowohl dem Thema der politischen Beteiligung, d. h. die aktive Teilhabe junger Menschen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen, als auch dem Thema der Verantwortungsübernahme junger Menschen für das Gemeinwohl und für ein gelingendes Miteinander im Gemeinwesen durch freiwilliges Engagement, etwa für Kultur, Sport, Umwelt und soziale Initiativen – in begleiteter oder selbstverwalteter Form.

Die Projektvorstellung teilte sich in drei Phasen:

- Im ersten Teil wurde die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung vorgestellt. Die Antwort auf die Frage, warum man Kinder- und Jugendliche beteiligen sollte, ist für die Servicestelle normativer Natur. Einerseits gibt es in Europa ein Recht auf Teilhabe, andererseits ist für sie Mitbestimmung ein zentrales Merkmal für Demokratie. So sollten auch Kinder und Jugendliche mitbestimmen dürfen. Für die erfolgreiche Umsetzung von (Kinder- und Jugend-) Beteiligung wurden die folgenden 5 Punkte genannt:
 - 1. Beteiligung braucht Haltung,
 - 2. klare Transparenz der Entscheidungsspielräume,
 - 3. Anerkennung,

- 4. zielgruppengerechte Methoden,
- 5. und starke Netzwerke.
- Im zweiten Teil wurden vorbereite soziometrische Aufstellungen durchgeführt. Hier sollten sich die Teilnehmer zu drei Fragestellungen im Raum positionieren. Die erste Frage zielte darauf ab, herauszufinden, wie viel Erfahrung die Teilnehmer mit Kinderund Jugendbeteiligung haben. Die meisten stellten sich in der Mitte auf, Ausreißer gab es aber nach Oben und Unten. Die zweite Frage bezog sich auf die Einschätzung der Bedeutung von Kinder- und Jugendbeteiligung. Fast alle Teilnehmenden maßen dieser eine hohe Bedeutung zu. Als drittes wurde gefragt, in wie weit auch schon Kleinkinder (3-6 Jahre) politische Entscheidungen treffen können. Hier waren die Meinungen sehr divers, und es wurde diskutiert, was für Entscheidungen Kinder in dem Alter treffen könnten und ob diese denn politisch sein. Außerdem wurde der Begriff des »Politischen« diskutiert.
- Im dritten Teil wurden dann noch Fragen der Teilnehmenden beantwortet. Unter anderem die Frage, wie sich Kinder bemerkbar machen können. Dafür ist es wichtig, einen Beteiligungsmix anzuwenden, sowie generell eine gute Beziehungsarbeit zu leisten, so die Antworten der Servicestelle. Auch wurde betont, dass es wichtig ist, wer die Frage bzw. die Einladung zur Beteiligung stellt.



REGELWERK BÜRGERBETEILIGUNG – GEMEINSAME NEUGESTALTUNG MARKTPLATZ RHEINAU

REFERENTEN

Nadja Wersinski, Claudia Mauser
– Stadt Mannheim

PROTOKOLL

Carina Killer

Wie muss der Marktplatz im Mannheimer Stadtteil Rheinau gestaltet werden, dass er wieder zum lebendigen Herzen von Rheinau-Mitte wird und sich die Menschen dort gerne aufhalten? Diese Anforderungen wurden gemeinsam in einem Beteiligungsprozess erarbeitet. Das Neue: im Rahmen des Mannheimer Regelwerks Bürgerbeteiligung war zum ersten Mal eine Projektbegleitgruppe verantwortlich für den gesamten Prozess. In dieser Projektbegleitgruppe haben Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und Stadtteilakteure ein Beteiligungskonzept für den Prozess entwickelt und gemeinsam umgesetzt.

»Mannheim ist Bürgerstadt«. So lautet der einführende Satz des am 12.03.2019 offiziell beschlossenen Regelwerks Bürgerbeteiligung der Stadt Mannheim. Das Regelwerk, das seit dem Jahr 2017 in einer Pilotphase getestet wurde, definiert Ziele und Qualitäten von Bürgerbeteiligung und gibt dadurch vor, wie die Stadt Beteiligung in unterschiedlichsten Bereichen anwendet. Durch diese Art Regelkatalog werden Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung verbindlich vereinbart.

Ein Projekt, das zeitgleich (im Jahr 2017) mit der Erprobung des Regelwerks gestartet ist, ist die Neugestaltung des Marktplatzes des Stadtteils. Auch hierbei war die Beteiligung der Bürgerschaft von zentraler Bedeutung. Frau Nadja Wersinski und Frau Claudia Mauser von der Stadtverwaltung Mannheim waren eigens zur Langen Nacht der Partizipation nach Stuttgart angereist, um ihre Erfahrungen im Rahmen des Beteiligungsprojektes vorzustellen. Die zentrale Frage der Beteiligung war hierbei, wie der Marktplatz in Rheinau belebt und besser gestaltet werden kann. In unterschiedlichen Stadtteileinrichtungen und bei mehreren Bürgerveranstaltungen wurden Ideen und Vorschläge der Bürger gesammelt, die bei den Entwürfen der Landschaftsplaner berücksichtigt wurden. Die unterschiedlichen Entwürfe konnten dann

anschließend in einer Ausstellung begutachtet und bewertet werden, so dass ein weiteres Meinungsbild vor der finalen Entscheidung des Preisgerichts gesammelt werden konnte. Die Beteiligung wurde zu Beginn des Jahres mit dem Beschluss des Gewinnerentwurfs durch den gemeinderätlichen Ausschuss abgeschlossen. Der Bau des neuen Marktplatzes soll im Jahr 2020 beginnen.

Besonders interessant bei dem Projekt in Mannheim ist, dass neben der zentralen Beteiligungsveranstaltung auch dezentrale Beteiligungsangebote durch Stadtteilakteure angeboten wurden. Auch die Gemeinderatsmitglieder waren bei den Terminen oft vor Ort, um die Stimmung einzufangen und die Gruppenanliegen kennen zu lernen und einschätzen zu können. Ebenfalls wurde durch die örtliche Präsenz von Verwaltungsmitarbeitern Ansprechpartner für die Bürger ersichtlich, so dass es einfacher war, in einen gemeinsamen Dialog zu treten. Eine Herausforderung war die Kommunikationsaufrechterhaltung bei dem Beteiligungsprozess in der einjährigen Phase, in der der Siegerentwurf verfeinert wurde und keine aktive Beteiligung mehr stattfand. Unterstützt hat hierbei das Beteiligungsportal online, das eine Informations- und Kommunikationsplattform für alle Mannheimer Beteiligungsprozesse bietet.



MEHR (ER)LEBEN IN AU AM RHEIN – ANGEBOTE FÜR DIE GENERATION 65+

REFERENT

Ivor Pietrzak

– TEXTed Büro für Kommunikation
und Mediation

Die Gemeinde Au am Rhein hat vier Bürgerwerkstätten zu den Themen »Generation 65+: Freizeitund Mobilitätsangebote«, »Generation 65+: Versorgung und Pflege«, »Jugend in Au am Rhein« und »Familien in Au am Rhein« projektiert. Die erste davon ist umgesetzt und hat aktive Projektgruppen hervorgebracht, die zweite ist im Status der Grundlagenermittlung. Die Effizienz der mit dem Programm »Gut Beraten!« geförderten Maßnahmen erklärt sich insbesondere aus dem guten Engagement von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik und deren vorbildlichen Verzahnung im Projekt. Eingebettet sind die Bürgerwerkstätten in einen Ortsentwicklungsprozess.

Auch in Au am Rhein hat man wie in vielen vergleichbaren Gemeinden im Land längst erkannt, dass es geeigneter Maßnahmen bedarf, um langfristig als Wohnort attraktiv zu bleiben. Mit gut 3.000 Einwohnern zwischen Karlsruhe und Rastatt gelegen, spürt die Gemeinde inzwischen das Abwandern wichtiger Anbieter der täglichen Grundversorgung – was insbesondere die Generation 65+ trifft. Wie die Kommune den Slogan »Mehr (er)leben in Au am Rhein« umsetzt und warum man sich als Erstes ausgerechnet mit dem Freizeitangebot für die Generation 65+ beschäftigt hat, stellte Ivo Pietrzak vom Büro für Kommunikation und Moderation TEXTed vor, der die Gemeinde mit der Durchführung entsprechender Bürgerwerkstätten begleitet.

In einer Untersuchung der Hochschule Pforzheim kristallisierte sich der Bedarf an vier Handlungsfeldern für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung heraus: Angebote für Jugendliche, für Familien und bei der Generation 65+ für Pflege und tägliche Grundversorgung sowie für Freizeit und Sport. Mit Preisgeldern aus dem Wettbewerb »Quartier 2020« des Sozialministeriums beschloss die Kommune daher die Durchführung von vier Bürgerwerkstätten unter der engagierten Federführung von Bürgermeisterin Veronika Laukart und dem Sprecher des

Seniorenbeirats, Konrad Roth. Den Auftakt bildete die Werkstatt zum Freizeit- und Sportangebot für 65+, die mit überraschend positivem Echo im März 2018 vorläufig abgeschlossen wurde. Neben inzwischen eingeführten zusätzlichen Angeboten wie etwa einem regelmäßigen Boule-Treff verdient ein Projekt besondere Beachtung: Ein ehrenamtlicher Fahrdienst organisiert nun alle paar Wochen gemeinsame Ausflüge zu Theateraufführungen, Stadtbesichtigungen oder anderen kulturellen Angeboten in Gruppen von bis zu 25 Senioren. Dabei wurde auch der Versicherungsaspekt, der ähnliche Vorhaben häufig vereitelt, dank der Kooperation zwischen Kommune und Ehrenamtlichen auf Augenhöhe geklärt.

Die Antwort auf die Frage eines Workshopteilnehmers, warum man nicht mit dem viel existenzielleren Thema »Pflege und Grundversorgung« gestartet sei, fiel dem Referenten leicht: Wenn ältere Menschen sich in ihrer Umgebung wohlfühlten und im Kontakt mit Gleichgesinnten seien, lasse sich die Grundversorgung mobil zu den Menschen bringen – umgekehrt aber sei das nicht so einfach.



LEBENDIGE QUARTIERE – STRUKTUREN FÜR BEGEGNUNG UND STADTTEILENTWICKLUNG

REFERENTEN

Lorenz Neuberger, Darja Ljubownikow – *Café Mondial Konstanz e.V.*

PROTOKOLL

Jan Göft

Wir wollen vom Café Mondial ausgehend Nachbarschaftsgespräche durchführen, um unsere Begegnungsangebote aufrechtzuerhalten und für die sozialräumliche Entwicklung von Konstanz einen Beitrag leisten. Hierfür werden externe Blickwinkel für besonders wertvoll erachtet. Der Fokus lag bisher auf informellen Begegnungen und Kulturprojekten. Künftig soll der gesamte Sozialraum in den Blick genommen werden. Außerdem wird untersucht, inwieweit diese Arbeit auch für die sozialräumliche Entwicklung anderer Stadtteile und Quartierszentren erweitert werden kann.

Der Weg vom Begegnungsraum zum Quartierszentrum -Darüber und darüber hinaus sprachen Lorenz Neuberger und interessierte Teilnehmer der Langen Nacht der Partizipation. Herr Neuberger, aktives Mitglied im Café Mondial Konstanz e.V., erläuterte die ursprüngliche Idee des Café Mondial und wohin es sich entwickelt hat bzw. entwickeln soll: Das Café wurde 2015 als Ort für zwanglose Treffen, als Begegnungsraum, ins Leben gerufen. Tatsächlich bestand es jedoch zu Beginn nicht als fester Ort, sondern als »Café Mondial on Tour«, das die Bürger auf der Straße zusammen- und ins Gespräch brachte. Der Wunsch nach einer festen Räumlichkeit entwickelte sich jedoch schnell, um Platz für Veranstaltungen, organisierte Treffen oder auch öffentlich zugängliche Räume zu schaffen. Die Idee einer kulturellen Anlaufstelle fand breite Zustimmung in der Stadtpolitik, sodass, mit städtischer Unterstützung, das Café in ein Gebäude im Park des Stadtviertels »Paradies« einziehen konnte. Nun war Platz für Vereine, Initiativen, Kulturschaffende und für Bürger, um Veranstaltungen oder Treffen an einem zentralen Ort durchzuführen. So waren oder sind im Café Mondial zum Beispiel die »Refugee Law Clinic«, »Foodsharing« oder das Projekt »Arbeiterkind« zu Gast.

Herr Neuberger erzählte von diesem einfachen Konzept, das Raum bieten soll für die unterschiedlichsten Initiativen und Ideen. Als Grundprinzipien gelten für den Verein lediglich wenige Positionen, die in einer »Charta« festgeschrieben sind. Dazu zählen beispielsweise die Offenheit gegenüber anderen Kulturen oder Religionen oder auch grundsätzlich basisdemokratische Entscheidungen. Das diskussionsfreudige Publikum hatte unter anderem viele Nachfragen zur Organisation oder auch zur Entscheidungsfindung im Verein. Es hat sich schnell bemerkbar gemacht, dass viele Vertreter oder aktiver Mitglieder aus anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen oder Initiativen zu Gast waren. Unter den etwa 200 Mitgliedern, von denen 20 bis 40 regelmäßig aktiv wären, gäbe es bis jetzt kaum Schwierigkeiten, berichtet Neuberger. Auf Grundlage der »Charta« könnten alle wichtigen Entscheidungen auch basisdemokratisch getroffen werden. Für die alltäglichen Aufgaben gäbe es funktionale Ämter innerhalb des Vereins. Auf die Frage, ob es denn generell einmal größere Schwierigkeiten oder Hindernisse gegeben habe, musste Herr Neuberger kurz nachdenken und erklärte dann, fast selbst ein wenig überrascht, dass es bis jetzt ziemlich gut gelaufen sei.



Für die Zukunft hat der Verein jedoch noch mehr vor und möchte sich weiterentwickeln. Über die Räumlichkeiten hinaus soll vermehrt auch der gesamte Sozialraum der Umgebung in den Blick genommen und es sollen z.B. auch Nachbarschaftsgespräche initiiert werden. Dazu hat der Verein Café Mondial Konstanz e.V. Fördergelder der Allianz für Beteiligung in Anspruch genommen und sich beraten lassen, um die richtigen Strategien und Methoden dafür zu entwickeln. Auch die Stadt wünsche sich ein Quartierszentrum und das Café könnte möglicherweise zu einem werden. Laut Herrn Neuberger befinde man sich noch eher am Anfang und müsse nun herausfinden, welche Ziele genau verfolgt werden und wie man diese konkret umsetzen könnte.

Als Beispiel für ein zivilgesellschaftliches Projekt von Bürgern für Bürger ist das Café Mondial ein gutes Beispiel für die kreative Kraft informeller Projekte. Das Café bildet einen Anknüpfungspunkt für verschiedene Initiativen in Konstanz, aber auch zur Stadt Konstanz oder der Allianz für Beteiligung. So leistet es nicht nur seinen Beitrag zur Quartiersentwicklung, sondern auch zur Vernetzung von Akteuren der Zivilgesellschaft und Politik.



FRÜHSTÜCKSBUS FRIEDRICHSHAFEN

REFERENTEN

Lena Reiner, Lisa Razai – Frühlingserwachen e.V. Friedrichshafen

PROTOKOLL

Katharina Denz

Nur durch einen offenen und achtsamen Dialog kann die Gemeinschaft vor Ort gestärkt werden. Der Frühstücksbus ist jeweils eine Woche lang an verschiedenen Standorten innerhalb einer Gemeinde unterwegs und lädt alle Passanten kostenlos zu Kaffee, belegten Brötchen und Kuchen ein. So entsteht ein mobiler, unkompliziert zugänglicher Begegnungsraum, in dem durch das gegenseitige Kennenlernen Vorurteile und Ängste abgebaut werden können.

Als Einstieg wurde von den beiden Projektvorstellenden, Lena Reiner und Lisa Razai, ein Spiel, so wie es auch im Frühstücksbus zum Kennenlernen genutzt wird, gewählt. Alle Teilnehmer bekamen einen kurzen Steckbrief, auf dem Hobbies, Lieblingsfilme sowie Lieblingsessen und ein Geheimnis vermerkt werden konnten. Dieser Steckbrief wurde ausgefüllt und anschließend mit einer fremden Person im Raum ausgetauscht. Daraufhin entstand ein Gespräch, in dem sich die Personen untereinander kennenlernen konnten. Genau dies ist das Prinzip des Frühstücksbusses: Menschen sollen miteinander in Kontakt treten und reden. Grundsatz dabei ist es, keine Themen vorzugeben und nicht zu werten.

Nach dem Spiel zum Einstieg ging es in die inhaltliche Projektvorstellung: 2016 begann der Frühstücksbus in Friedrichshafen mit seinen Aktivitäten. Der Ansatz entsprang aus den verhärteten Fronten rund um das Thema AfD. Eine Lösung war das »miteinander reden« ohne zu werten. Aus diesem Ansatz entstand der Frühstücksbus, in dem die Menschen bei einer Tasse Kaffee und belegten Brötchen sowie Kuchen ins Gespräch kommen sollen und Meinungen austauschen können. Bei den Gesprächen werden keine Themen vorgegeben. Es wird jedoch oft über politische Themen gesprochen.

Der Bus ist zweimal im Jahr sieben Tage am Stück an einem Standort unterwegs und steht in Gegenden, wo sich Menschen aufhalten, z.B. am Bahnhof. Menschen sollen dort erreicht werden, wo sie sowieso schon sind. Dieses Prinzip bewährt sich, da circa 800 Leute pro Woche erreicht werden, wobei dies variieren kann. Auch das Wetter spielt dabei eine Rolle. Bei schlechtem Wetter sind die Gespräche oft länger als üblich.

Insgesamt gibt es circa 50 Mitglieder des Frühstücksbusses und 7–8 Teammitglieder pro Standort. Die Mitglieder sind bunt zusammengewürfelt und aus unterschiedlichen Bereichen und unterschiedlichen Alters. Für das Team werden Kommunikationstrainings angeboten, um gezielt mit Konflikten umgehen zu können. Das Konzept des Frühstücksbusses Friedrichshafen hat sich so bewährt, dass dieser schon an anderen Standorten angeboten wird oder in Planung ist.



DAS DEMOKRATIE-MOBIL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REFERENTIN

Hanna Olbrich - Initiative Farbe bekennen! Für Demokratie und eine offene Gesellschaft (Diözese Rottenburg-Stuttgart)

PROTOKOLL

Clara Eder

»Was bedeutet es, in einer Demokratie zu leben? Was brauchen Bürger, um sich in dieser Gesellschaft wohl zu fühlen? Wie kann sich jede und jeder einzelne für Demokratie einsetzen?« Diesen Fragen widmet sich das Projekt der Initiative »Farbe bekennen! Für Demokratie und eine offene Gesellschaft« mit dem Demokratie-Mobil. Die Initiative wurde 2017 von der Diözese Rottenburg-Stuttgart gegründet. Seit Januar 2019 ist die Initiative mit dem Demokratie-Mobil auf Tour durch Baden-Württemberg: als mobile Diskussions- und Lernplattform ist es an Schulen und Marktplätzen präsent und für jede Person buchbar.

Im Rahmen der Langen Nacht der Partizipation wurde das Projekt »Das Demokratie-Mobil in Baden-Württemberg« präsentiert und diskutiert. Dabei traten die Projektinitiatoren von der »Initiative Farbe bekennen!« sowie der Diözese Rottenburg-Stuttgart mit den Teilnehmern ins Gespräch. Es nahmen rund 16 Personen an der Diskussion zu den Erfahrungen, Hintergründen wie auch Schwierigkeiten des Demokratie-Mobils teil.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung in den Ablauf der Gruppenphase übergaben die Moderatorinnen das Wort an die Referierenden Hanna Olbrich von der Initiative »Farbe bekennen! Für Demokratie und eine offene Gesellschaft« sowie Herrn Dr. Drumm und Herrn Kindler von der Diözese Rottenburg Stuttgart. Diese stellten zunächst die Projektidee vor: Das Demokratie-Mobil wurde 2017 zum 68. Geburtstag der Grundrechte gegründet. Anlass war und ist der in ganz Europa zunehmende Populismus. Durch das Demokratie-Mobil soll eine Plattform geschaffen werden, um mit Menschen an Bereichen des alltäglichen Lebens (Schulen, Marktplätze, in der Mittagspause, auf der CMT) ins Gespräch zu kommen und einen »Ort des Zuhörens, nicht des Belehrens«, zu schaffen. Die Referierenden berichteten, dass das Konzept sehr gut angenommen wird und viele Leute das Mobil nutzen, um sich über Demokratie zu informieren, aber auch, um über ihre Sorgen zu sprechen. In erster Linie geht es darum, die Menschen zu sensibilisieren und in den

Dialog zu treten. Zum 70. Geburtstag der Grundrechte ist schon jetzt geplant, 30 Orte in ganz Baden-Württemberg bis Ende Juli anzufahren. Vorerst letzte Station wird im November das Morgenmacher-Festival der Messe Stuttgart sein.

Die Erfahrungen der letzten Projektjahre zeigen, dass vor allem die Entwicklungen der vergangenen Jahre wie die Weltwirtschaftskrise in 2008 oder die immer komplexer und schneller wirkende Welt einen Bruch durch die Gesellschaft gezogen hat, wodurch die Menschen immer verunsicherter seien und sich wieder stärker nach Autoritäten sehnten. Gleichzeitig verhalte sich die »demokratische Mitte« ziemlich ruhig, weshalb das Konzept des Demokratie-Mobils eine wichtige Aufgabe erfüllt. Darüber wird auch in der Diskussionsrunde ausgiebig gesprochen. Danach wird der Fokus wieder auf das Demokratie-Mobil selbst gelenkt. Mehrere Interessierte wollen wissen, was langfristig mit den Gesprächen passiere – Stichwort Nachhaltigkeit. Es ist gewünscht, die Gespräche zu dokumentieren und beispielsweise auf der Homepage des Demokratie-Mobils zu veröffentlichen. Dazu haben sich die Projektinitiatoren ebenfalls schon Gedanken gemacht, aber noch keine konkrete Idee, wie man das umsetzen könnte. Sie wollen sich nun aufgrund des Hinweises intensiv damit auseinandersetzen.



BÜRGER*INNEN DIALOGE ZUR GEMEINWOHLÖKONOMIE

REFERENT

Sebastian Brumm

– Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg e.V.

PROTOKOLL

Katrin Czwiklinski

Das Projekt fördert die globalen Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele durch die Verbreitung des Wirtschaftsmodells der Gemeinwohl-Ökonomie. Durch Bildungsworkshops, Multiplikatoren-Fortbildungen und öffentliche, interaktive Lern- und Diskussionsabende wird das Bewusstsein Jugendlicher und Erwachsener dafür geschaffen, welche Aspekte des Wirtschaftssystems einer Transformation bedürfen, um einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. Daran anknüpfend werden mit der Gemeinwohl-Ökonomie theoretische und praktische Lösungsansätze aufgezeigt.

Im Rahmen der Projektvorstellung wurde zunächst der Begriff der Gemeinwohl-Ökonomie definiert. Herr Brumm begann mit der Frage, wie viele unter den Teilnehmenden mit dem Begriff vertraut sind. Dabei stimmte die Mehrheit der Teilnehmenden zu, den Begriff schon gehört und eine grobe Vorstellung über den Begriff zu haben.

Der Begriff der Gemeinwohl-Ökonomie widersetzt sich dem gängigen Bild der Ökonomie, der den Erfolg eines wirtschaftlichen Produktes anhand der Finanzbilanz festsetzt. Bei der Gemeinwohl-Ökonomie sind auch externe Effekte, wie beispielsweise die Umstände unter welchen die Produkte hergestellt worden sind, von Bedeutung. Im Gegensatz zur Ökonomie ist diese nicht ausschließlich gewinnorientiert. Es wurde eine Matrix zur Einstufung der Ökonomie in Bezug auf das Gemeinwohl entwickelt – die Gemeinwohl-Matrix 5.0. Mit Hilfe eines Punktesystems werden Unternehmen und ihre Produkte auf Grund ihrer Herstellungsbedingungen bewertet und können so in einer Gemeinwohl-Bilanz eingestuft werden.

Im Weiteren wurde das Konzept des Projektes vorgestellt. Als zentraler Bestandteil sollen mehrere Bürger*innendialoge im Jahr 2019 stattfinden. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung befand sich das Pilotprojekt noch in der Planungsphase.

Der Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg e.V. will als zivilgesellschaftlicher Akteur agieren. So ist ein Ziel des Beteiligungsverfahrens, dass das Prinzip der Gemeinwohlökonomie transparenter wird. Im zweiten Schritt des Dialoges geht es darum, dass Bürger über das Prinzip der Gemeinwohl-Ökonomie diskutieren und wichtige Merkmale ergänzen. Dabei soll das Meinungsbild gefestigt werden und die Ergebnisse anschließend an die Politik überreicht werden. Bei dem Bürger*innenbeteiligungsverfahren handelt es sich um ein kommunales Projekt, das in Tuttlingen, Tübingen und Ulm umgesetzt wird. Ein weiterer Bürger*innendialog in Stuttgart ist derzeit noch in Planung.

In der Diskussion, die sich an die Projektvorstellung anschloss, kamen mehrere Fragen auf, welche die Diskussion in eine inhaltliche, sehr detailreiche Ebene führten. Dazu gehörte, ob die kommunale Ebene die richtige Ebene sei, um das Prinzip der Gemeinwohl-Ökonomie zu verbreiten. Dazu gehörte, ob die Auswahl von Zufallsbürgern von größerer Effektivität wäre oder ob eine gezielte Auswahl stattfinden soll. Ein Argument für die Zufallsauswahl war der Faktor der Repräsentativität. Für die gezielte Auswahl sprach, dass Personen mit dem Thema vertraut sind und somit bessere Ergebnisse erzielen können.

Weitere Inhalte bezogen sich auf den Zusammenhang und die Verknüpfungspunkte zwischen Bürgern und den Unternehmen sowie, ob der Dialog die Unternehmen ins Handeln bringen kann. Eine weitere Idee, die aufkam, befasste sich mit dem Thema, wie Anreize für Unternehmen geschaffen werden könnten, um für mehr Effizienz bei der Produktion zu sorgen und somit vermehrt auf die Gemeinwohl-Ökonomie zu achten.



BÜRGERFORUM ZUR ALTERSVERSOR-GUNG DER LANDTAGSABGEORDNETEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REFERENTEN:

Hanna Kasper, Nils Renkes
– translake GmbH

PROTOKOLL:

Viviane Gerster

Das »Bürgerforum zur Altersversorgung der Abgeordneten«, das translake begleiten und moderieren durfte, befasste sich von November 2017 bis Januar 2018 in drei ganztägigen Dialogveranstaltungen sehr differenziert mit der Fragestellung: Welche Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg ist angemessen? Am Ende stand eine einstimmig verfasste Empfehlung des Bürgerforums. Die Arbeit des Bürgerforums wurde von den Medien sehr wohlwollend aufgenommen und am 5. Februar 2018 der Unabhängigen Kommission übergeben. Staatsrätin Gisela Erler sprach von »einer Sternstunde der Demokratie«.

translake begleitete und moderierte das »Bürgerforum zur Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg«. Die Teilnehmenden wurden per Zufallsauswahl von einer unabhängigen Organisation telefonisch rekrutiert. Erarbeitet wurden an drei Sitzungstagen zwei Vorschläge, der erste eher visionär, mit weniger Aussicht auf Umsetzung, der zweite Vorschlag wurde konkreter gefasst. Die beiden Vorschläge wurden im Anschluss mit den Teilnehmern einer unabhängigen Kommission übergeben und der Presse vorgestellt.

Im Fokus der Diskussion mit den Teilnehmern bei der Langen Nacht standen vornehmlich zwei Themen: die eingesetzte Methodik und die Zufallsauswahl. Methodisch kamen z.B. das gemeinsame Erarbeiten fachlicher Texte, Speed-Dating mit Abgeordneten und Stuhlkreise zum Einsatz. Dies ermöglichte den Teilnehmern eine intensive Einarbeitung in das Thema der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten. Die drei Treffen fanden jeweils an einem Samstag in drei aufeinanderfolgenden Monaten statt. Somit hatten die Teilnehmer auch immer

wieder Zeit, sich ausreichend auf das nächste Treffen vorzubereiten. Dafür wurden ihnen über eine Onlineplattform Materialien zur Verfügung gestellt. Auch ergriffen die Teilnehmer teils selbst die Initiative und recherchierten eigens relevante Texte oder interviewten die Abgeordneten aus ihrem eigenen Wahlkreis.

Weiter wurden die Vor- und Nachteile der Zufallsauswahl diskutiert. Die durch die Zufallsauswahl erreichten Personen diskutierten sachlich und konstruktiv über das emotionale Thema. Eine Debatte, die von lauten »Wutbürgern« bestimmt wird, konnte somit vermieden werden. Eine relativ repräsentatives Abbild der baden-württembergischen Bevölkerung konnte durch die Anwendung von Quoten in Bezug auf Geschlecht, Alter und Wohnort bei der Zufallsauswahl gewährleistet werden. Dennoch bleibt das Problem der Selbstselektion nicht vollends aus: Diejenigen zufällig ausgewählten Personen, die sich zurückgemeldet haben, hatten etwa vermutlich einen höheren Bildungsstand als der oder die »Durschnittsbürger*in«.





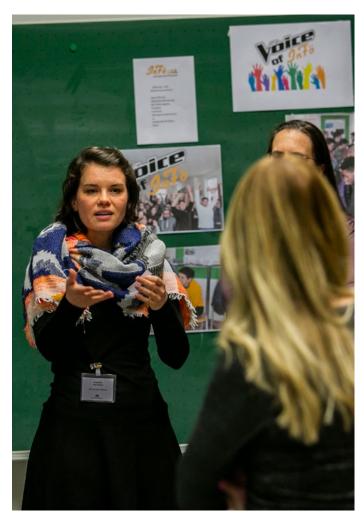




























BETEILIGUNGSPROZESS ZUM SCHWIMMBAD IN METZINGEN

REFERENTIN

Carmen Haberstroh

– Stadt Metzingen

PROTOKOLL

Till Kopietz

2017 wurde eine mehrstufige Bürgerbeteiligung initiiert, um eine nachhaltige und zukunftsweisende Schwimmbad-Landschaft zu erschaffen. Das Ziel ist es, vor dem Hintergrund widerstreitender Interessen und Emotionen eine möglichst konsens- und zukunftsfähige Entscheidung zu treffen. Der Bürgerdialog trägt dazu bei, die Bürger umfassend über den Planungsstand zu informieren, Handlungsoptionen aufzuzeigen und ausführlich zu diskutieren sowie eine Entscheidungsempfehlung zu erarbeiten. Die aktive Einbindung von Schulen führte zu einer hohen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und stellte häufig deren allerersten Kontakt mit kommunalpolitischen Themen dar.

Als 2017 das Gutachten über den Zustand der städtischen Bäder nochmal aktualisiert worden war, stand fest: es muss etwas passieren. Die Antwort war allerdings nicht trivial. Folgende Fragen standen im Raum: Sollten die zwei alten Bäder in Metzingen saniert werden? Sollte stattdessen ein neues Kombibad an einem neuen Standort geschaffen oder ein Bad saniert und das andere neu gebaut werden? Dazu hatten sich schon verschiedene Bürger-Gruppen gegründet, mit verschiedenen Lösungen, Anliegen und Wünschen. Die einen brauchten ein gutes Sportbecken, den anderen war es wichtig, die Architektur des einen Schwimmbads zu erhalten. Das eine Bad stand schulnah, das andere im Gewerbegebiet. Eine »100 Prozent-Variante« war nicht ersichtlich. Die Lage war auch für den Gemeinderat unübersichtlich. In der folgenden Klausurtagung des Gemeinderates stand dann fest: Hier müssen alle Optionen auf den Tisch. Mit einer Perspektive von 40 Jahren muss eine gemeinsame Lösung entwickelt werden. Es war der Auftakt eines Partizipationsprozesses in der kommunalen Entwicklung, der heraussticht.

Es stand fest, man meinte es ernst mit der Bürgerbeteiligung. Hier sollte keine Akzeptanz für einen neuen Standort oder die Sanierung gefunden werden, hier sollten die Bürger gemeinsam eine tragfähige Lösung entwickeln. So war es nur konsequent, den Prozess zweiphasig zu gestalten. In der ersten Beteiligungsphase sollte nur der Standort bzw. die Frage der Sanierung diskutiert werden. Erst in der zweiten Phase sollte es um die genaue Ausgestaltung der Bäder gehen. So war klar, dass in der ersten Phase schicke Gestaltungsvorschläge für die Bäder nichts verloren hatten. Mit Hilfe von zwei Beratungsbüros wurden nun die passenden Verfahren und Formate für Metzingen entworfen und angepasst. Es wurde eine Internetplattform aufgesetzt, auf der alle relevanten Dokumente, Gutachten und Stellungnahmen gesammelt und veröffentlicht wurden. Es gab die moderierte Möglichkeit, Kommentare zu der ersten Phase des Prozesses abzugeben. Um weitere Zielgruppen zu erreichen, wurden auch Postkarten mit den gleichen Fragen verschickt, die bei Rückantwort digitalisiert und auf der Website eingepflegt wurden.



Parallel wurde eine Schlüsselakteursgruppe gegründet, an der, neben den in Erscheinung getretenen Initiativen, auch das »Zukunftsteam« engagierter Bürger aus einen vorrangegangenen Beteiligungsprozess, der lokale Architekt eines der Bäder und der Jugendgemeinderat teilnahmen. Diese begleitete den Prozess mit Stellungnahmen und Expertisen. Den Höhepunkt der ersten Phase bildete eine Konsensuskonferenz, bei der 20 Metzinger, gewichtet nach der soziografischen Verteilung in der Stadt, ausgelost wurden. Zuvor hatte man 2000 zufällige Bürger angeschrieben und persönlich eingeladen, sich für die Konsensuskonferenz zu bewerben. Das Ergebnis war eine Bürgerempfehlung für den Bau eines Kombibades an einem neuen Standort. Die Bürgerempfehlung ließ nicht nur den Gemeinderat ohne Gegenstimmen zustimmen, sondern setzte sich auch in dem folgenden Bürgerentscheid deutlich durch. Doch der Prozess geht noch weiter, denn nun gilt es, gemeinsam zu diskutieren, wie das neue Kombibad denn genau aussehen soll, dass sich möglichst viele Metzinger dort wohlfühlen.

Der Bericht von Frau Haberstroh ging fließend in eine Fragerunde über, in der gleich kritisch neugierige Nachfragen zu den Hintergründen der Geschehen gestellt wurden. So kamen sowohl die Position des Gemeinderats als auch die Prozesskosten zur Sprache. Weitere Fragen gingen auf die genaue Ausgestaltung des Prozesses ein. Wie ließ sich zum Beispiel die Frage nach dem »Wo« von der Frage nach dem »Wie« im Diskurs trennen. Die Antwort war hier klar: gar nicht. Natürlich waren die Punkte verwoben und der Diskurs kein rationales Abarbeiten. Jedoch sollen die Anregungen nicht als verloren gelten und in Phase 2 wieder aufgegriffen werden.



THE VOICE OF INFÖ

REFERENTEN

Irene Karki, Manuela Zendt

– Interkulturelles Mehrgenerationenhaus InFö Tübingen

PROTOKOLL

Anna Staffa

Ziel des Projektes war es, durch gemeinsames Singen sowohl Barrieren und Berührungsängste abzubauen, als auch miteinander in Kontakt zu treten und die Integration zu fördern. Eine gemeinsame Erinnerung wurde durch eine Radioaufnahme geschaffen, die anschließend im Tübinger Lokalradio Wüste Welle veröffentlicht wurde.

Die Projektvorstellung des Mehrgenerationenhauses »InFö« in Tübingen begann mit einem aktiven Teil - direkt nach der kurzen Anmoderation durch die studentischen Vertreterinnen des Teams der «Langen Nacht der Partizipation« wurde es interaktiv. In der relativ kleinen Runde, die sich aber laut den vorstellenden Damen aus »genau den richtigen« zusammensetzte, wurden anonym Rollen verteilt. Anschließend wurden verschiedene Aussagen vorgelesen, von »ich kann lernen und studieren, was ich möchte« über »ich hatte noch nie Geldsorgen« bis hin zu »ich kann ein selbstbestimmtes Leben führen und lieben, wen ich möchte« waren verschiedenste Aussagen dabei, die aber direkt oder indirekt mit den Themen Freiheit sowie Gerechtigkeit zu tun hatten. Traf man die Einschätzung, die Aussage trifft auf die Rolle zu, sollte man einen Schritt nach vorne gehen, ansonsten sollte man stehen bleiben. Das Rollenspiel zeigte eine Reflexion der Extreme: manche durchquerten sinnbildlich und tatsächlich den ganzen Raum, während andere nicht von der Stelle zu kommen schienen. Dieser Einstieg in das Thema bot Denkanstöße für alle Teilnehmer, die in der späteren Diskussion noch öfter zur Sprache kommen sollten.

Im Folgenden stellten die beiden Damen von InFö ihr Projekt sowie ihre Arbeit bei InFö Tübingen vor. InFö steht für »Integration Fördern« und ist ein Integrationszentrum in Tübingen, in welchem verschiedenste Leistungen für Geflüchtete erbracht werden. Beispielsweise bietet InFö Deutschkurse, Projekte zur Arbeitsförderung, verschiedene Beratungen zu Fragen der Migration und damit verbundenen Problemstellungen. InFö möchte den Geflüchteten eine Art »Zwischenheimat« sein, weg von

der eigentlichen Heimat, aber bevor sie sicher wissen, wohin es geht und wie der weitere Weg aussehen wird. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Integration, denn: Heimat gibt Sicherheit. Heimat verbindet, schafft Strukturen und Vernetzung und verhindert Subkulturen. Daher ist es InFö auch ein wichtiges Anliegen, die Geflüchteten auch »nach außen« zu verbinden, das heißt in die (Tübinger) Gesellschaft. Deshalb bringt das Mehrgenerationenhaus Menschen auf interkulturelle Weise zusammen und schafft Netzwerke, die auch über die Arbeit der einzelnen Projekte, die bei InFö verfolgt werden, hinausgehen. Das Haus soll als Startpunkt und Basis dienen - meist kommen die Geflüchteten über das BAMBF mit InFö in Kontakt, um die dort angebotenen Sprachkurse wahrzunehmen und merken dann schnell, dass es dort noch »mehr« gibt: Beratungen, Hilfe und Unterstützung, Freizeitangebote. Und dies alles in freundlichem Rahmen und auf Basis der Freiwilligkeit. Offenheit und Engagement sind die Leitbilder der hauptsächlich ehrenamtlich Tätigen bei InFö.

Nur wenige Festangestellte, wie Irene Karki und Manuela Zendt, und viele Freiwillige, auch Geflüchtete, die sich irgendwann selbst engagieren wollten, schaffen eine ganz eigene Beteiligungskultur. Freundlich und klar kommunizieren, Zuhören, Probleme, Sorgen und Meinungen ernst nehmen, aber auch klare Grenzen setzen, klare Haltungen zeigen - das sind die Bausteine, auf die InFö seine Arbeit leistet. Und das erfolgreich: 200 bis 250 Personen sind pro Tag im Zentrum anzutreffen, manche nur ganz kurz für eine Beratung, andere verbringen dort ihre Freizeit in den vielen unterschiedlichen Projekten.



Wie viele Projekte genau sie dort durchführen? Das können Irene Karki und Manuela Zendt gar nicht sagen, »irgendwann läuft das quasi von selbst«, und manche Projekte seien auch Dauerbrenner, die immer wieder angeboten oder verlängert werden. Meistens aber sind die Projekte gefördert und/oder an eine Laufzeit gebunden. So kommt InFö auch in Kontakt mit möglichen (weiteren) Netzwerkpartnern und möglichen Partnern für eine projektbezogene Zusammenarbeit. Ziel ist die Vernetzung auch mit Institutionen wie Schulen und weiteren öffentlichen Einrichtungen, um den »Stein der Integration schon früh ins Rollen zu bringen«.

Das Projekt »The voice of InFö« steht beispielhaft für eines der Projekte im Mehrgenerationenhaus. Der Chor von InFö soll Deutsche und Migranten zusammenbringen und über das Singen Berührungsängste abbauen und Verbindungen schaffen. Der Chor soll Anlass und Beginn von Kommunikation sein, denn zum Chor gehören auch rund 20 Jugendliche im Bundesfreiwilligendienst, die teils aus anderen Städten und Gemeinden anreisen, um gemeinsam mit Geflüchteten und Deutschen Musik zu machen. Für eine Radioaufnahme hat es schon gereicht - diese läuft immer donnerstags auf einem lokalen Tübinger Radiosender und lädt ein, auch teilzunehmen.

Stolpersteine gibt es nicht nur bei den Projekten, sondern auch in der generellen Integration allerdings auch genug - finanzielle, auf die begrenzte Kapazität an Personal und Räumlichkeiten gebunden, aber hauptsächlich natürlich die kulturellen Unterschiede.

In der an die Projektvorstellung anschließende Diskussion traten interessante Gesichtspunkte zutage, an die vorher bestimmt Wenige der Teilnehmenden gedacht hätten. Beispielsweise die Eigenverantwortung in Deutschland, die so in vielen der Länder, aus denen die Geflüchteten kommen, nicht gegeben ist. In Deutschland trifft weder die Regierung noch die Familie die Entscheidungen für einen, sondern man selbst. Auch die Frauen. Hinzu kommen ein anderer Umgang mit Erziehung und Partnerschaft, neue soziale Gegebenheiten und (un)ausgesprochene Regelungen, soziale Normen und Werte. Dies sei aber alles halb so schlimm, solange man sich offen zeigt für Neues und gleichzeitig klar für die hier geltenden Regeln einsteht. Am wichtigsten sei für die Projekte einfach Engagement und eine positive Haltung. Dann ergibt sich das von selbst.



DIE ERST- UND JUNGWÄHLERKAMPAGNE ZUR KOMMUNALWAHL 2019 »WÄHLEN AB 16«: BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN AM GESELLSCHAFTS-POLITISCHEN GESCHEHEN

REFERENT

Vatan Ukaj

– Landeszentrale für politische
Bildung Baden-Württemberg

PROTOKOLL

Nicole Knorr

Die Landeszentrale für politische Bildung BW möchte junge Erstwähler zum Wählen animieren. Neben Workshops, Schulungen und Unterrichtsmaterialien sollen Jugendliche an Aktionstagen über ihr Wahlrecht informiert werden. Es sollen lokale Erstwählerbündnisse entstehen, die sich u.a. aus Schulen, außerschulischen Bildungsträgern, Jugendringen und -verbänden und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zusammensetzen.

Im Rahmen der Langen Nacht der Partizipation trat das Projekt »Erst- und Jungwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019 »Wählen ab 16«: Beteiligung junger Menschen am gesellschaftspolitischen Geschehen« der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit Interessierten ins Gespräch. Bereits seit Mai 2018 beschäftigt sich die Landeszentrale für politische Bildung mit Inhalten der Kampagne. In einer kleinen Personenrunde von ca. 10-12 Personen wurde während der Projektvorstellung über Möglich- und Notwendigkeiten diskutiert, Jugendliche früher in den politischen Prozess mit einzubinden und welche Wege hierfür geeignet bzw. ungeeignet sind.

Die Vorstellung des Projektes gestalteten die beiden Referenten interaktiv von Peer-to-Peer mit unterschiedlichen Methoden und zeigten dabei, wie sie auf verschiedene Weise und je nach Kontext versuchen, Jugendliche für ihre eigene Lebenswelt zu sensibilisieren. Hierfür teilten sie Zettel mit der Aussage »Ich gehe wählen, weil...« an die Teilnehmer der Diskussion aus und baten, diese kurz zu beantworten. Anschließend gaben sie einen Einblick in ihre Social-Media-Kampagne und führten mit den Teilnehmern ein Soziogramm zu den Fragen »Findet ihr wählen ab 16 Jahren sinnvoll?« und »Wissen und verstehen Jugendliche, was es heißt, zu wählen?« durch. Letzteres ermöglichte ihnen einen direkten Einstieg in den thematischen Austausch mit den Teilnehmern. Dabei ging es zunächst um die Frage, wie Jugendliche in der Schule überhaupt an das Thema Wahlen und Demokratie herangeführt werden und inwieweit diese praktisch (bspw. durch Exkursionen) erfahrbar gemacht werden. Es wurde darüber gesprochen, wie Jugendliche erreicht werden können, welche Kanäle hierfür geeignet sind und wie erreicht werden kann, dass Jugendliche sich mit dem Geschehen in ihrem eigenen Quartier auseinandersetzen.



Die Referenten zeigten anhand ihrer Social-Media-Kampagne, wie sie Jugendlichen ein Bewusstsein für ihre eigene Lebensumwelt und Verantwortlichkeiten mit Slogans wie »Mit 16 kannst du mit Sekt anstoßen und wählen gehen« geben möchten. Dabei merkten sie an, dass das Internet lediglich eine Ergänzung darstellt, um kurzfristig Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren. Die Herausforderung liege jedoch darin, Jugendliche langfristig zu aktivieren und zu motivieren. Hierfür notwendig ist vor allem zusammen mit den Jugendlichen ihre Lebenswelt zu erschließen und sie für kommunale Themen zu sensibilisieren.

Dies wird in der Kampagne bspw. durch Planspiele, Videos, Workshops, gemeinsame Formatentwicklung oder in Form von Speed-Dating-Interviews mit den Gemeinderäten flächendeckend versucht und umgesetzt. Interessante Diskussionsinhalte waren auch die Fragen, inwiefern innerhalb des Projekts versucht wird, vermehrt 18-30-Jährige als Vertreter der Jungendinteressen in die Gemeinderäte als weitere Schnittstelle zu etablieren und ob es im Hinblick auf Jugendpolitikverdrossenheit gegebenenfalls einfach an Angeboten fehlt.



BÜRGERPROJEKT ZUKUNFT TÜBINGEN – NEU DENKEN, ANDERS HANDELN.

REFERENTEN

Dr. Sybille Hartmann, Prof. Dr. Cornelia Niederdrenk-Felgner – Bürgerprojekt Zukunft Tübingen / BüroAktiv e.V. Wir wollen die Widersprüche und Konflikte zwischen prosperierender Stadtentwicklung, dem Bedarf nach regionalen Nahrungsmitteln und den Flächen für die lebensnotwendigen Umweltleistungen für eine Wertediskussion in der Bürgerschaft aufbereiten. In Gesprächen mit den Akteursgruppen aus Handel, Gewerbe, Forschung und Landwirtschaft wollen wir die Ursachen und die Folgen des Wachstums- und des Konsumzwangs identifizieren, verstehen und abseits ausgetretener Wege zu neuem Denken und anderem Handeln gelangen.

Der Hintergrund für die Gründung des Bürgerprojekts Zukunft Tübingen war eine breite Diskussion in der Stadt Tübingen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans über Flächenzuweisung für Industrie und Klinikum. Im Zuge dieser Diskussionen wurden zwei Bürgerinitiativen gegründet:

- die BI Au-Brunnen zum Erhalt des Wasserschutzgebiets Au mit seiner Reservebrunnenanlage, das auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zugunsten einer 10 ha großen Gewerbefläche aufgegeben werden sollte.
- und eine zum Erhalt der Sarchhalde, einem innerstädtischen Grüngürtel, der dem Klinikum zur Erweiterung zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Anlass für die Gründung des Bürgerprojekts:

Die Bürgerinitiative zum Erhalt des Wasserschutzgebiets war zwar erfolgreich, aber anstelle des WSG sollen nun 10 ha landwirtschaftliche Fläche in Gewerbefläche umgewandelt werden - zusätzlich zu 32 ha bereits ausgewiesener Flächen. Auch die Erweiterungswünsche

des Klinikums wurden von Verwaltung und Gemeinderat nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger (nicht nur) aus den beiden Initiativen sehen jedoch die Notwendigkeit, den Umgang mit der begrenzten Fläche und der weit verbreiteten Forderung nach (unbegrenztem) Wachstum (Bevölkerung, Verkehr, Wirtschaft, Infrastruktur etc.) kritisch zu diskutieren und auch konstruktiv Alternativen zum Wachstumszwang zu erarbeiten.

Die Ziele des Bürgerprojekts:

Von der Verwaltung wurde für das Jahr 2020 die Diskussion neuer Leitlinien für die Stadtentwicklung in Tübingen in Aussicht gestellt. Hierzu möchte das Bürgerprojekt Zukunft Tübingen im Vorfeld eine möglichst breite Öffentlichkeit einbeziehen und zur Teilnahme an einer fundierten Bürgerbeteiligung befähigen.

Was ist wichtig?

In den Diskussionen und der Ausarbeitung der »Leitlinien Tübingen 2030« aus dem Jahr 2003 wurden viele Teilbereiche der Stadtentwicklung thematisiert. Es fällt jedoch



auf, dass sie nicht untereinander in Beziehung gesetzt werden. Wenn jede Akteursgruppe Maximalansprüche an die begrenzte Fläche oder die begrenzten finanziellen Ressoucen stellt, kann es keine zukunftsfähige Lösung geben, besonders dann, wenn Grund und Boden selbst nicht als begrenzte und für das Überleben wichtige Ressource anerkannt werden.

Besonderes Anliegen im Bürgerprojekt ist deshalb, die Ansprüche und Verfügbarkeiten untereinander abzugleichen und dem Boden, der Landwirtschaft und den Naturgütern und Ökosystemleistungen eine gleichwertige Stellung in der Diskussion zu verschaffen.

Bisher sind ca. 50 Personen im Bürgerprojekt Zukunft Tübingen und in den Arbeitsgruppen aktiv.

Aktuelle Informationen zum Bürgerprojekt »Zukunft Tübingen« gibt es auf der Internetseite www.buergerprojekt-tuebingen.de



BÜRGERENTSCHEID MARKDORF – NEUE NUTZUNG DES BISCHOFSSCHLOSSES

REFERENTEN

Daniel Setili, Ramona Zemanek
– Studierende der Universität
Hohenheim

Das Markdorfer Rathaus darf nicht ins Schloss ziehen. Das ist das Ergebnis des knappsten Bürgerentscheids, den es jemals in Deutschland gegeben hat. Nur fünf Stimmen machten am Ende den Unterschied. Eine lokale Bürgerinitiative hatte zuvor den Entscheid durchgesetzt. Studierende des Master Kommunikationsmanagement an der Universität Hohenheim untersuchten, wie es zu dem Bürgerentscheid kommen konnte. Dazu führten sie mit beteiligten Akteure Experteninterviews und befragten am Wahltag rund 900 Wähler. Ihre Ergebnisse zeigen Gründe für das Scheitern des Bauprojektes.

Ziele

Dem Forschungsprojekt lagen fünf Forschungsfragen zugrunde: Im ersten Schritt analysierten die Studierenden die Entstehung und den Verlauf des Konfliktes rund um den möglichen Umzug des Rathauses in das Bischofsschloss in Markdorf. Weiterhin galt es, die mit dem Projekt verbundenen Stakeholder zu identifizieren, deren Beziehung zueinander zu analysieren und sie je nach Einfluss und Einstellung zum Projekt zu systematisieren. Zusätzlich wurde die Kommunikation analysiert. Auch wurden (Konflikt)Themen erfasst, die von den verschiedenen Stakeholdern in die Debatte eingebracht wurden. Gleichzeitig wurde untersucht, wie die Stakeholder und die Bevölkerung die Kommunikation rund um das Projekt wahrgenommen und bewertet haben. Bei einer öffentlichen Veranstaltung zum Umzug des Rathauses wurde darüber hinaus die Qualität des Diskurses analysiert.

Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfragen setzte die Forschungsgruppe mehrere Methoden ein: Als Basis für die weitere Forschung fand zunächst eine Online-Recherche statt. In sechs Leitfadeninterviews mit den wichtigsten Stakeholdern (pro/contra) erhielten die Studierenden weitere Informationen zu beteiligten Akteuren, zu deren Themen und zur Kommunikation. Am Tag des Bürgerentscheids führten sie einen Exit Poll unter rund 900 Markdorferinnen und Markdorfern durch, um unter anderem die genauen Beweggründe für ihre Wahlentscheidung aufzudecken. Die Qualität des Diskurses bei einer Veranstaltung zum Projekt wurde mithilfe einer Diskurs-Analyse untersucht.

Ergebnisse

Die Analyse der Stakeholder ergab, dass zu den einflussreichsten Projektbefürwortern der Bürgermeister, das Bürgerforum und große Teile des Gemeinderates gehörten. Auf der Seite der Umzugs-Gegner hatten die Initiative Bischofsschloss und die wenigen Projektgegner des Gemeinderates den größten Einfluss auf die Debatte in der Stadt.



Hinsichtlich der Kommunikation kommt die Forschungsgruppe zu dem Schluss, dass die breite Öffentlichkeit zu spät in die Diskussion über das Projekt einbezogen wurde und mögliche Alternativen für die Nutzung des Schlosses nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Nach Bekanntgabe der Umzugspläne und ersten Widerständen wurde die Kommunikation der Befürworter transparenter, sachlicher und professioneller. Sie erschienen besonders im persönlichen Gespräch sehr sicher. Die Gegner hingegen setzten auf eine Polarisierung und Emotionalisierung der Debatte. Von Beginn an waren sie durch den eigenen Internetauftritt sehr professionell aufgestellt.

Die Qualität des Diskurses war bei der untersuchten Veranstaltung zum Projekt insgesamt hoch. Der Dialog war dabei zivilisiert und respektvoll; die Diskutanten untermauerten ihre Positionen mit rationalen Argumenten. Allerdings war kein Beteiligter bereit, von seinem Standpunkt abzurücken.

Mit Blick auf die Wahlentscheidung der Bevölkerung zeigt sich: Die Beweggründe der Befürworter des Projektes waren der Schutz vor Leerstand und Verfall des Schlosses, die dadurch garantierte öffentliche Zugänglichkeit und die für sie nicht vorhandenen Alternativen. Die Gegner nannten vor allem die Kosten für den Umbau des Schlosses, die gewünschte Weiterführung des Schlosses als Hotel mit Gastronomie sowie die mangelnde Mitbestimmung und Responsivität als Gründe für ihre Wahlentscheidung.



FUTURE CITY_LAB UNIVERSITÄT STUTTGART: REALLABOR FÜR NACH-HALTIGE MOBILITÄTSKULTUR / PARKLETS FÜR STUTTGART

REFERENTEN

Doris Lindner

– Universität Stuttgart

Hanka Griebenow

– Parklets für Stuttgart

PROTOKOLL
Yannik Knau

Das vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW geförderte Reallabor für nachhaltige Mobilitätskultur hat sich zur Aufgabe gemacht, eine nachhaltige Bewegungskultur in Stuttgart anzustoßen. Über einen Zeitraum von drei Monaten haben zivilgesellschaftliche Akteure mit Studierenden öffentliche Gehwege erweitert. Anstelle von Parkplätzen wurden Aufenthaltsorte (wie z. B. Sitzflächen und Blumen) geschaffen. Das Parklet-Team hat gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Stuttgart die unterschiedlichen Impulse analysiert und ausgewertet.

Das Reallabor für nachhaltige Mobilitätskultur war Bestandteil der zweiten Präsentations- und Diskussionsrunde im Zuge der Langen Nacht der Partizipation. Frau Lindner und Frau Griebenow waren vor Ort, um dieses Projekt vorzustellen. Um das Reallabor zu konkretisieren, stellen sie das Realexperiment »Parklets für Stuttgart« vor, welches bereits von Juli bis September 2016 in der ersten Förderphase durchgeführt wurde. Das Reallabor für nachhaltige Mobilitätskultur erhielt eine zweijährige Anschlussförderung, welche im Juli 2018 begann und im März 2020 endet. Das Reallabor beschäftigt sich mit Fragen wie der Wandel hin zu einer nachhaltigen Mobilitätskultur gelingen kann und probiert mit Realexperimenten neue Lösungen aus. Die »Parklets für Stuttgart« wurden im Zuge einer ersten Förderphase ins Leben gerufen und erregten viel Aufmerksamkeit. Hierzu wurden Parkplätze umgenutzt und dadurch der Gehweg erweitert. Mögliche Nutzungen des Parklets sind Sitzgelegenheiten, Urban Gardening sowie Raum für die Anwohner zu schaffen und ein gemeinschaftliches Zusammenkommen zu ermöglichen. Das Parklet kann dabei individuell gestaltet werden, allerdings ist dies immer mit

einer Begrünung, Witterungsschutz sowie der Selbstverwaltung des Objektes verbunden. Die Stadt Stuttgart ermöglicht nun in einer zweijährigen Testphase, dass Bürger*innen ein Parklet beantragen können. Weitere Informationen dazu gibt es unter https://www.stuttgart.de/parklets

Zu Beginn der Diskussionsrunde wurde im Raum eine Fläche in der Größe eines Parkplatzes mit Hilfe von Klebeband am Boden abgeklebt, um die Flächeninanspruchnahme veranschaulicht darzustellen. Die Inanspruchnahme von 12m2 für ein Auto, welches im Durchschnitt 23,5 Stunden/Tag steht, half die Dimension, in welcher man sich bewegt, besser zu verstehen. Die Diskussion der Teilnehmer verortete sich anfangs vor allem im Themenbereich der Nutzung des Parklets sowie der Mobilitätsaspekt der Anwohner. Diskutiert wurde die indirekte wirtschaftliche Förderung für die naheliegenden Cafés etc. durch die Nutzung des Parklets, sowie die Sicherstellung der regulären Nutzung der Anwohner und ihres



PKWs. Hierzu wurde von Seiten des Reallabores versucht zu erklären, dass bewusst Irritationen gesetzt wurden, um die Probleme, welche mit der Nutzung des Individualverkehres einhergehen, aufzuzeigen und wie diese angegangen werden können. Vor allem wird die momentan laufende zweijährige Testphase Ergebnisse bringen, wie mit der Thematik der Parklets umzugehen ist. Ein weiterer Punkt in der Diskussion war eher praktisch orientiert. Ein Teilnehmer wollte wissen, wie genau ein Parklet auszusehen hat, beziehungsweise was man braucht, um ein solches zu installieren. Als Antwort kam zur Sprache, dass die Gestaltung weitestgehend individuell erfolgen sollte und außer motivierten Köpfen und Menschen jeder solch ein Parklet bei der Stadt beantragen kann. Allerdings muss auf die Sondernutzungsgebühr, die Versicherung

sowie die sogenannte Patenschaft, welche als Ansprechpartner bei eventueller Verschmutzung dient, geachtet werden. Im Zuge der Sondernutzung kamen Themen, wie das bereits abgebaute Parklet am Café »Galao« auf, welches kontrovers gesehen wurde, da man dieses für eine kommerzielle Nutzung Zweckentfremden könnte. Hier gaben die beiden Präsentierenden jedoch eine rasche Entwarnung. Im Zuge dessen wurde betont, dass es bei solchen Projekten immer um die Gewinnung von öffentlichem Raum ohne Zwang gehen sollte. Das Thema der Nachhaltigkeit wird bei diesem Projekt ebenso eingespannt wie die Frage nach Innovation, wie beispielsweise im Rahmen der Stadt der kurzen Wege. Diese werden durch das Parklet, welches als kurze Pause beim Einkaufen genutzt werden kann, unterstützt.



BÜRGER- UND ÖFFENTLICHKEITS-BETEILIGUNG ZUM INTEGRIERTEN ENERGIE- UND KLIMASCHUTZKONZEPT BADEN-WÜRTTEMBERG (BEKO)

REFERENT

Rainer Carius

 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

PROTOKOLL

Yasmine Weißhaar

Siegerprojekt des «Ausgezeichnet! Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung" 2018. Die Umsetzung der Energiepolitik kann heute nur gelingen, wenn deren Umsetzung eine breite Zustimmung in der Gesellschaft erfährt und vom Engagement der Akteure begleitet wird. Ziel der BEKO ist es, eine breite Bürgerbeteiligung zu organisieren. Die Bürger sowie die Interessengruppen formulierten Empfehlungen zum IEKK an die Landesregierung. Diese konnten Zustimmung, Ablehnung oder Modifikationen von bereits vorgeschlagenen und zusätzlichen Maßnahmen enthalten. Die BEKO übergab der Landesregierung über 1.000 Empfehlungen zu den klimaschutz- und energiepolitischen Maßnahmen im IEKK.

Das Beteiligungsverfahren »Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (BEKO)« wurde von der Klimaschutzabteilung erarbeitet und im Jahr 2013 durchgeführt. In der Beteiligung wurden Maßnahmen als Entwurf den Beteiligten vorgestellt, über die man im Verfahren diskutieren und ergänzen konnte. Alle bearbeiteten Maßnahmen wurden protokolliert und in einem Endbericht zusammengefasst. Beteiligt wurde alle vier theoretisch denkbaren Gruppen. Man arbeitete zum Beispiel mit Zufallsbürgern, Online-Beteiligung, Vertreter organisierter Interessensvertretungen und mit einer Auswahl engagierter Bürger, die sich schriftlich beworben hatten. Die Möglichkeit der Beteiligung und die Bewerbungsmöglichkeit zur Teilnahme waren in Tageszeitungen veröffentlicht. Die Bewerberanzahl belief sich auf rund

450 Einsendungen. Aufgrund der zeitlichen und logistischen Begrenzungen, wurde eine Auswahl daraus per Zufallsverfahren ausgelost.

Die Dauer des Verfahrens mit insgesamt rund 300 Teilnehmenden belief sich auf drei Monate, in diesen fanden insgesamt 29 Sitzungen statt. Die Beteiligung wurde themenspezifisch in sieben Sektoren unterteilt. Pro Themensektor fanden zwei Sitzungen statt, in welchen über die Maßnahmen diskutiert und weitere Vorschläge gemacht werden konnten. Folgende Sektoren standen zur Auswahl: Stromversorgung, Private Haushalte, Industrie, Gewerbe , Handel /Dienstleistung, Verkehr, Öffentliche Hand sowie Land-/Forstwirtschaft /Landnutzung.



Das Beteiligungsverfahren fand in ganz Baden-Württemberg statt, daher war es ein deutlicher logistischer Aufwand, jede Sitzung vorzubereiten und auch an verschiedenen Orten im Land durchzuführen. Alle Teilnehmenden haben vor dem Verfahren eine Informationsmappe per Post zugeschickt bekommen, um damit wichtige Informationen zu verteilen.

Nach dem Ende der Beratungen an den Bürger- und Verbändetischen wurden die Empfehlungen von den zwei Sprechern der Tische im Rahmen einer Pressekonferenz an die Landesregierung übergeben. Aufgrund der Fortentwicklung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts findet gegenwärtig (Sommer 2019) eine weitere Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung dazu statt.

Beispielhafte Fragen der Zuhörer

- Was ist vom Ergebnis ins Konzept eingeflossen?
- Es gab eine breite Akzeptanz des Konzepts und die Bestätigung für das Vorgehen der Beteiligung, zudem konnten von 1000 Kommentaren und Empfehlungen nahezu ¼ berücksichtigt werden.
- Was würden sie bei einer erneuten Beteiligung zu dem Konzept anders machen?
- Der Logistische Aufwand war enorm und zeitlich sehr konzentriert. Es wäre gut, wenn sich dieser verringern ließe.
- Die Bürger- und Verbändetische haben rund 3 Monate getagt. Die Prüfung der über 1000 Empfehlungen durch die verschiedenen beteiligten Ressorts und eine anschließende Abstimmung hat nahezu sieben Monate in Anspruch genommen. Hier sollte man überlegen, Wege einer beschleunigten Prüfung zu finden.



DEMOKRATIE-FRÜHSTÜCK – GELEBTE PARTIZIPATION IM SPORTVEREIN

REFERENTEN

David Scholz, Regina Dietz

– Württembergischer Landessportbund

PROTOKOLL

Annika Franke

Um den Austausch zwischen Mitgliedern, Eltern, Trainern und dem Vorstand der Vereine zu fördern, haben der FC-Remseck und der SV Pattonville ein Demokratie-Frühstück veranstaltet. Hier wurden Probleme und Wünsche zur Sprache gebracht. Die offenen Diskussionen förderten die Transparenz der Vorstandsarbeit und ermöglichten eine aktive Mitgestaltung des Vereinslebens. Hintergrund war das Projekt »Zusammenhalt im Sport in BW«, das demokratische und partizipative Strukturen in Sportvereinen stärkt.

Der SV Patonville ist, wie der Name schon schließen lässt, in der ehemaligen amerikanischen Garnisonssiedlung Patonville im Kreis Ludwigsburg beheimatet. Er wurde Ende 2002 von acht engagierten Personen gegründet. Einer davon ist Michael Uhse, der bis heute 1. Vorstand des Sportvereins ist und diesen, wie auch das 2019 initiierte Demokratiefrühstück, am Abend der Langen Nacht der Partizipation vorstellte. Auch Francis Pola, der Sportdirektor des Bereichs Fußball, sowie David Scholz und Regina Dietz vom Württembergischen Landessportbund waren anwesend und unterstützen Michael Uhse bei der Vorstellung des Vereins und des Projektes.

Der Sportverein zählt heute 1.600 Mitglieder und ist ein Mehrspartenverein. Auch ist er an die Kindersportschule Kornwestheim angeschlossen. Alleine im Bereich Fußball gibt es 370 Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die dort integriert sind, dazu 37 Trainer und 17 Mannschaften. Das Projekt »Demokratiefrühstück« war als eine Art Plattform gedacht, durch die sich Eltern, Trainer, Funktionäre und Spieler kennenlernen können. Ebenso sollte den Eltern die Möglichkeit eröffnet werden, die Geschäftsstelle, die Beitragsstruktur und alles andere, was mit einem Sportverein zusammenhängt, kennenzulernen, sowie Raum für Diskussionen und Gespräche aller Art anzubieten.

Außerdem sollte es ihnen möglich werden, das Vereinsleben aktiv mitgestalten zu können. Die Idee hinter dem Projekt und den genannten Vorstellungen davon war und ist hauptsächlich, einen engeren Bezug der Mitglieder zum Vereinsleben und damit auch eine gewisse Identifikation mit dem Verein zu schaffen. Auch wurde und wird dadurch die Chance gesehen, Nachfolger für verschiedenste ehrenamtliche Posten im Verein zu finden oder potenziell sogar neue Verwaltungs- und Organisationsmodelle zu entwickeln. Dies ist besonders wichtig, da der Verein in den letzten Jahren immer mehr erfuhr, dass die Bereitschaft der Mitglieder sinkt, sich ehrenamtlich verbindlich einzusetzen, wie beispielsweise für einen Vorstandsposten.

Das Demokratiefrühstück wurde gemeinsam mit dem FC Remseck veranstaltet. Mit Brezeln und Kaffee wurde für eine angenehme Atmosphäre gesorgt. Insgesamt kamen ca. 65 Personen. Das Interesse war also recht groß für eine erste Veranstaltung dieser Art. Alle der 65 Personen waren eingeladen, da es am Platz für weitere Personen mangelte. In einem ersten Schritt wurde schriftlich, durch Elternabende, auf dem Trainingsplatz oder durch die Presse eingeladen. Hier konnten sich alle melden, die kommen wollten. In einem zweiten Schritt wurden dann aus diesen Rückmeldungen die final Teilnehmer ausgewählt. Durch das rege Interesse und den positiven



Verlauf soll es im Jahre 2019 aber noch weitere Demokratiefrühstücke geben, wodurch auch den Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet wird, daran teilzunehmen, die beim ersten Mal keine Gelegenheit dazu hatten.

Anmerkungen, die nach dieser Vorstellung aus dem Plenum kamen, waren, dass der Begriff des »Demokratie-frühstücks« sehr mutig gewählt wurde und er eine ganz andere Wirkung entfaltet, als wenn das Projekt bspw. »Vereinsfrühstück« heißen würde. Denn so werden zwei ganz unterschiedliche Bereiche miteinander verknüpft, was Neugierde und Motivation schafft. Es sei sehr wichtig, dass Sportvereine solche Begriffe verwenden, da kaum jemand so gut und schnell zu integrieren und vor allem auch Jugendliche einzubinden vermag, wie die Sportvereine.

Insgesamt stellte sich allerdings die Frage, wen das Demokratiefrühstück anspricht - vermutlich die Mittelschicht. Deshalb steht die Frage im Raum, wie man auch Menschen in prekären Lebenslagen (fraglich, ob sie überhaupt im Sportverein sind, bei den recht hohen Mitgliedsbeiträgen) / Reiche an den Tisch bekommt. Vorschlag hierfür wäre, Zufallsbürger aus den 1.600 Mitgliedern auszuwählen.

Zudem wurde die Frage gestellt, ob die Verbesserungsvorschläge, die beim Demokratiefrühstück bislang herauskamen, festgehalten wurden und den Vereinsmitgliedern auch schon präsentiert wurden. Hier lautet die Antwort, dass dies noch nicht der Fall gewesen sei, aber manches davon schon sichtbar umgesetzt wurde.



ARBEITSKREIS SOZIALE TEILHABE STUTTGART (AKST)

REFERENT

Richard Reisser

- Arbeitskreis soziale Teilhabe Stuttgart
 Jan Peter
- Landeshauptstadt Stuttgart

PROTOKOLL

Michael Harder

Der AKST ist aus einem Runden Tisch zur Partizipation in der Wohnungsnotfallhilfe der Stadt Stuttgart entstanden. Der AKST besteht aus einer Gruppe von wohnungslosen Menschen und ehemals wohnungslosen Menschen sowie Sozialarbeitern, die sich für die soziale Teilhabe von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten einsetzen und Wohnungslosen, ihren Belangen und Interessen eine zusätzliche Stimme verleihen wollen. Die Geschäftsführung des AKST haben die drei regionalen Koordinatoren der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe inne, begleitet wird der AKST durch die Sozialplanung des Sozialamts.

Aus einem Runden Tisch in der Wohnungsnotfallhilfe der Stadt Stuttgart entstanden, hat der Arbeitskreis Soziale Teilhabe (AKST) eine verstärkte Beteiligung von Menschen in Wohnungsnot zum Ziel. Der AKST setzt sich zusammen aus (ehemals) wohnungslosen Personen, die sich für ihre Interessen und Belange einsetzen sowie Sozialarbeitern, die Menschen in sozialen Schwierigkeiten unterstützen und deren Chancen auf Partizipation erhöhen wollen. Ebenfalls begleitet wird der AKST durch die Sozialplanung des Sozialamts Stuttgart. Inzwischen ist aus dem Runden Tisch eine Art »offener Tisch« geworden, der dazu einlädt, sich zu beteiligen und Wohnungslosen Beteiligung zu ermöglichen. Momentan strebt der AKST vor allem die Ermöglichung sozialer Teilhabe an. Die politische Partizipation steht noch in den Anfängen, soll jedoch zukünftig stärker gefördert werden. Zusammen verfasst die Gruppe beispielsweise offene Briefe an Politiker, etwa an den Bürgermeister Stuttgarts, Fritz Kuhn. Darin thematisieren sie die zum Teil kritischen Unterkünfte von Wohnungslosen sowie die allgemeine Wohnungsnot Stuttgarts. Ferner hat die Gruppe 82 Anregungen an die Kommunalpolitik entworfen, die eine Verbesserung der deutschen Wohnungssituation anstreben.

Des Weiteren wurde die Frage diskutiert, inwiefern von der Stadt Stuttgart effiziente und langfristige Lösungsansätze für die Probleme der Wohnungslosen geliefert werden. Auf lange Sicht könne Stuttgart auf keinen Fall den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken, insbesondere, weil die Flächen für Neubau fehlten. Es wurde jedoch darauf verwiesen, dass dennoch Unterkünfte geschaffen werden, wenn auch nur für einen bestimmten Zeitraum. Hingewiesen wurde zudem auf die Armutskonferenz, die bald in Stuttgart stattfindet. Die Initiatoren des AKSTs nehmen an dieser ebenfalls teil. Auch werden Betroffene von Wohnungsnot anwesend sein. Die Frage, ob diese in einer Runde von Politiker und anderen Entscheidungsträger überhaupt ernst genommen werden, wurde einstimmig bejaht. Der AKST plant seine politische Tätigkeit weiter auszubauen. Angedacht ist zum Beispiel eine »Schlafsack Aktion« vor dem Rathaus, wo Teilnehmer in Schlafsäcken auf dem Marktplatz Präsenz zeigen, um auf Wohnungsnot und -losigkeit aufmerksam zu machen.



ART OF HOSTING – DIE KUNST, GASTGEBER ZU SEIN

REFERENTEN:

Sigrid Schöttle

- Evangelische Akademie Bad Boll
 Nadja Graeser
- Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Baden-Württemberg

PROTOKOLL:

Charlotte Bolte

Art of Hosting (AoH) ist ein Weg, die »Weisheit der Vielen« und die Selbstorganisation von Gruppen zu wecken. Sie bezieht den einzelnen Menschen, seine Kreativität und Energie sowie das System und Strukturen ein, baut auf Erfahrungslernen & Dialog. So entstehen innovative Lösungen und Engagement für komplexe Herausforderungen. Ziel ist es, die Haltung und Methodik des AoH und das ›Projekte schmieden« in Prozesse der Jugend- und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg einzubringen.

Frau Schöttle und Frau Graeser begannen mit der Einführung in das Thema Art of Hosting, indem sie allgemeine Begrifflichkeiten definierten: Art of Hosting sei im weitesten Sinne die Kunst, Gastgeber guter Dialoge in partizipativen Gruppen zu sein. Dabei sei der gesellschaftliche Zusammenhalt ein wichtiger Punkt, der durch die Vernetzung von Kommune, Kirche und Zivilgesellschaft gestärkt werden solle. Entscheidende Ziele sind dabei:

- Vermittlung und Empowerment aus der »Weisheit der Vielen«
- Gewinnen von Theoriebausteinen und eigenen Erfahrungen zur Wirkung von partizipativen Methoden und Konzeptionen
- Entwicklung von eigenen Ideen, Konzepten für geplante
 Prozesse in Kommune, Quartier, Kirche oder Initiativen
- Vernetzung von Akteuren, Ideen, Energie und Tatkraft
- Nachvornebringen der lebendigen, facetten- und erfolgreichen Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg

Die Projektvertreterinnen konnten außerdem vier zentrale Punkte in einem Blumen-Schema anordnen, welches die Wechselwirkungen
innerhalb eines Prozesses
verdeutlichen soll.
Voneinanderlernen
beschreibt den
Austausch zwischen
dem Gast und den
Gastgebern. Das
Wohlfühlen ist für einen richtigen

Austausch wichtig und dieses beeinflusst wiederum die Gespräche zwischen Dir und Mir. Wobei beide Seiten präsent und respektvoll sein müssen.

Mir

Wohlfühlen

Insgesamt handelt es sich bei dem Art of Hosting in Bad Boll um Seminare für alle Menschen, die unter anderem anhand von Design Thinking den Einsatz richtig ausgewählter und angewandter Methoden zu den richtigen Zeitpunkten innerhalb eines partizipativen Prozesses lernen wollen. Dabei werde deutlich, welche Methoden welche Ziele haben.

Die Evangelische Akademie Bad Boll spreche mit dem Seminar zum Thema Art of Hosting nicht nur kirchliche Organisationen an, sondern viel mehr interdisziplinäre Gruppierungen, die die gesamte Bandbreite der Gesellschaft umfassen.



EUROPADIALOG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

REFERENTEN:

Daniela Lörch, Till Fehmer
– Staatsministerium
Baden-Württemberg

PROTOKOLL:

Isabel Friedrich

Die Landesregierung hat sich mit dem Europadialog an der aktuellen Debatte um die Zukunft der EU aktiv beteiligt. Ziel war es, mit Bürgern, aber auch mit Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ins Gespräch zu kommen. Für den Europadialog wurden verschiedene Dialogformate in drei Säulen entwickelt (Expertenforum und Fachforen, Bürgerdialoge sowie Öffentliche Veranstaltungen). Die Beiträge aus allen Dialogformaten wurden zusammengeführt und auf dieser Basis das Europa-Leitbild der Landesregierung formuliert.

Zu Beginn der Projektvorstellung erklärte Frau Lörch, dass das Land Baden-Württemberg ein neues Leitbild für das Europa der Zukunft erstellen wollte. Dieses Vorhaben führte sie auf die zahlreichen Ereignisse innerhalb der EU in den letzten Jahren zurück, wie zum Beispiel den angekündigten Brexit. Der Prozess zur Entwicklung des neuen Leitbilds begann mit einer öffentlichen Veranstaltung, die eine Podiumsdiskussion rund um das Thema Europa als Kerninhalt hatte. Im Anschluss daran fanden Sitzungen des Expertenforums und der Fachforen statt,

welche die Themen in Kontext gesetzt haben. Im nächsten Schritt fanden Bürgerdialoge in allen vier Regierungsbezirken Baden-Württembergs statt.

Ziel war es, zu erfahren, was die Leute bewegt. Wie stellen sich die Bewohner »ihr« Europa in zehn Jahren vor? Für was soll es stehen? Zwar war der Prozess ergebnisoffen, allerdings stand fest, dass ein Europa-Leitbild der Landesregierung entwickelt werden sollte.

ZIEL

- Zukunftsvision und Europa-Leitbildentwicklung
- Formulierung zehn konkreter Leitthesen

ABLAUF

- Auftaktveranstaltung mit Podiumsdiskussion
- Expertenforen + Fachforen
- Bürgerdialoge
- Öffentliche Veranstaltungen

FORMAT

- Sechs Bürgerdialoge in verschiedenen Städten veranstaltet, mit jeweils zwei Themenrunden
- Thementische, die am Ende des Tages vier konkrete Ideen festgelegt und ausgearbeitet haben



Im Zuge der Bürgerdialoge wurde ersichtlich, dass die Meinungen der Experten und Bürger nicht weit auseinander lagen.

Bei der Auswahl der Teilnehmer wurde auf das Zufallsverfahren gesetzt. Es handelte sich um eine Zufallsauswahl, die unterrepräsentierte Gruppen doppelt gewichtete. Es wurde darauf geachtet, dass Männer und Frauen aus allen Altersklassen gleichermaßen vertreten waren. Die Ergebnisse aus den Bürgerdialogen und den Expertenforen wurden wechselseitig vermittelt, um eine bessere Verzahnung zu erreichen.

Das Leitbild wurde schließlich aus Protokollen erarbeitet und im Anschluss, zusammen mit zehn zufällig ausgewählten Bürgern, an den Kommissionspräsidenten der EU übergeben. Das entwickelte Leitbild wird derzeit beworben und ist in mehreren Sprachen verfügbar.

Die erste Frage an Frau Lörch und Herrn Fehmer richtete sich auf die Auswahl der Teilnehmer. Häufig treten dabei Selbstrekrutierungseffekte auf. Ein Teilnehmer wollte daher gerne wissen, ob und wenn ja, diese Effekte beachtet und ausgeglichen wurden.

Laut Frau Lörch wurden 1000 Einladungen an zufällig ausgewählte Personen per Post verschickt. Lediglich Alter und Geschlecht wurden hierbei beachtet. Um ein Gleichgewicht zu erreichen, wurden bspw. doppelt so viele Personen jüngeren Alters kontaktiert. Da die Daten aus dem Einwohnermeldeamt generiert wurden, diese aber nicht gespeichert werden dürfen, war ein gezielter Anruf oder dergleichen nicht möglich. Die Löschung der Daten erfolgte daher nach Erstellung des Serienbriefs. Die Teilnehmer der Expertenforen wurden hingegen gezielt ausgesucht und nach Funktion und Bereich ausgewählt.

Eine andere Frage bezog sich auf die ausgewählten Leitbildvorschläge. Wie wurden die Wünsche der Bürger einbezogen und nach welchen Kriterien wurden diese gefiltert? Frau Lörch erklärte, dass eine Agentur für die Moderation und Dokumentation der Veranstaltungen beauftragt wurde. Mit Hilfe von Themen-Clustern wurde eine Auswahl von Leitthesen erstellt. Die beiden Ministerien entwickelten daraus letztlich die zehn Zukunftsbilder für das Europa-Leitbild.

Im Rahmen der Diskussion wurde daraufhin Kritik geäußert, dass das Leitbild nicht in Form von direkter Demokratie durch die Bürger erstellt wurde, sondern nur eine gezielte Auswahl der Regierung darstelle. Dem wurde entgegnet, dass das Ziel des Beteiligungsverfahrens war, die Meinung der Bürger aufzugreifen. Gleichsam konnten aber nicht alle Beiträge einfließen. Da ein Leitbild der Landesregierung und nicht der Bürgerschaft entstehen sollte, verwies Frau Lörch darauf, dass eine niedrige Partizipationsstufe mit einer reinen Konsultation der Bürger beabsichtigt war.































DANKSAGUNG

Der Veranstaltungstag war ein Kooperationsprojekt, das ohne die Zusammenarbeit vielfältiger Akteure nicht realisiert worden wäre. Entstanden ist die Idee zur Langen Nacht der Partizipation in der Diskussion mit Kollegen des Staatsministeriums Baden-Württemberg. Vorbereitet wurde die Veranstaltung in Zusammenarbeit zwischen der Allianz für Beteiligung, dem Staatsministerium Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart im Rahmen eines Seminarkurses im Masterstudiengang Planung und Partizipation im Wintersemester 2018/2019. Kooperationspartner der Veranstaltung am 21.3.2019 waren die Führungsakademie Baden-Württemberg und der Städtetag Baden-Württemberg.

An erster Stelle möchten wir uns bei den Studenten des Masterstudiengangs bedanken, durch deren tatkräftige Unterstützung in Organisation, Durchführung und Moderation die Veranstaltung in diesem Umfang stattfinden konnte. Zudem möchten wir den vielfältigen Helfern der Veranstaltung danken, die maßgeblich zum guten Gelingen beigetragen haben.

Wir danken überdies allen Referenten, die durch ihre Projektvorstellung und ihre Beiträge beim Markt der Möglichkeiten dazu beigetragen haben, die vielen guten Projektansätze zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg sichtbar zu machen und die zu einem intensiven Austausch der Teilnehmer angeregt haben.

Unser Dank gilt zudem dem Staatsministerium Baden-Württemberg, das diesen Abend finanziell förderte.